

Lassen Sie uns
über Mülltonnen reden



Antirepressionszine zum ersten
G20-Gruppenprozess

Inhalt

Teil 1 – Einführung

Lassen Sie uns über Mülltonnen reden	4
Ankündigungsflyer zum Gruppenprozess	5

Teil 2 – Direkte Repression

"Weder ich noch meine Kollegen haben das Wort Überfall benutzt"

Die Festnahme	6
Tipps und Tricks zum Aufenthalt - Wache, GeSa, Knast und Co.	8
Freunde im Hintergrund	10

Teil 3 – Juristisches Nachspiel & Aufbau der Soligruppe

Nach Hamburg ist vor Hamburg

Befragungen und Handyauswertung – Wie wurde ermittelt?	12
Befürchtungen und Umgang damit	15
Aufbau der Soligruppe	17
Arbeit der Soligruppe	19

Teil 4 – Der Prozess

Kafka lebt

Prozesstag	21
Wozu Prozesserkklärungen?	23
Prozesserklärung 1 – Es ist immer ein Angriff auf Einzelne, aber gemeint sind wir Alle.	26
Prozesserklärung 2 – Lassen Sie uns über Mülltonnen reden	29
Prozesserklärung 3 – Prozesse als Inszenierung	32
Warum Prozessberichte?	35
Der Deal	38

Teil 5 – Reflektion

Ich bereue nichts!

Sind die Befürchtungen wahr geworden?	44
Wie war's für die Soligruppe?	45
Einordnung des Verfahrens in die Repression nach G20	48

Teil 1 - Einführung

Lassen Sie uns über Mülltonnen reden

Der Widerstand gegen den G20-Gipfel in Hamburg war großartig und wir waren ein kleiner Teil davon. Die Reaktion des Staates war die eines getroffenen Tieres, das nun wild um sich biss. Drakonische Urteile wurden gefällt, Öffentlichkeitsfahndungen ungekannten Ausmaßes durchgeführt und das Medium linksunten.indymedia.org mit einer zweifelhaften juristischen Konstruktion lahmgelegt. Der Rechtsstaat zeigte seine hässliche Fratze und wurde mit dreisten Lügen verteidigt. Bei der Hexenjagd gegen alles Linke oder Widerständige war klar: Die meinen auch uns.

Dieses Heft ist die Dokumentation und Reflektion im Nachgang eines sogenannten "G20-Prozesses". Es wurde geschrieben von Beschuldigten und ihrer Soligruppe. Im Vorfeld unseres Prozesses haben wir viel recherchiert. Welche Anti-Repressions-Strukturen gibt es, was können sie leisten? Was haben andere Soligruppen gemacht? Welche Ideen gibt es im Vorfeld und während des Prozesses? Wie kann ein politischer Prozess geführt werden? Wie können die Beschuldigten am besten unterstützt werden? Wie können wir der Angst und Ohnmacht gemeinschaftlich begegnen? Wie sind andere Beschuldigte damit umgegangen? Wie liefen die anderen G20-Prozesse?

Dabei ist uns aufgefallen, dass es schon vieles gibt, aber vieles auch nicht recherchierbar ist. Gerade positiv oder glimpflich ausgegangene Verfahren werden wenig beschrieben. Und es fehlen Texte zu Beschuldigten, die nicht in Untersuchungshaft sitzen, da den Gefangenen aus gut nachvollziehbaren Gründen viel mehr Aufmerksamkeit (leider immer noch nicht genug!) zuteil wird.

Wir haben deshalb genau solche Sachen, die uns geholfen haben oder die wir interessant fanden aufgeschrieben. Es gibt Teile mit dokumentarischem Charakter, wie die Beschreibung des Falles und die Berichte der Prozesstage. Manche Texte dokumentieren, wie wir bestimmte Ideen umgesetzt haben und welche Akzente wir dabei gesetzt haben, z.B. die Prozessklärungen. Einige Seiten enthalten rein praktische Tipps. Und einige Texte beschäftigen sich mit der politischen und zwischenmenschlichen Reflektion. Gerade in der

Anti-Repressionsarbeit geht es viel darum Vertrauen herzustellen und Angst zu nehmen, weshalb wir das Letztere sehr wichtig fanden.

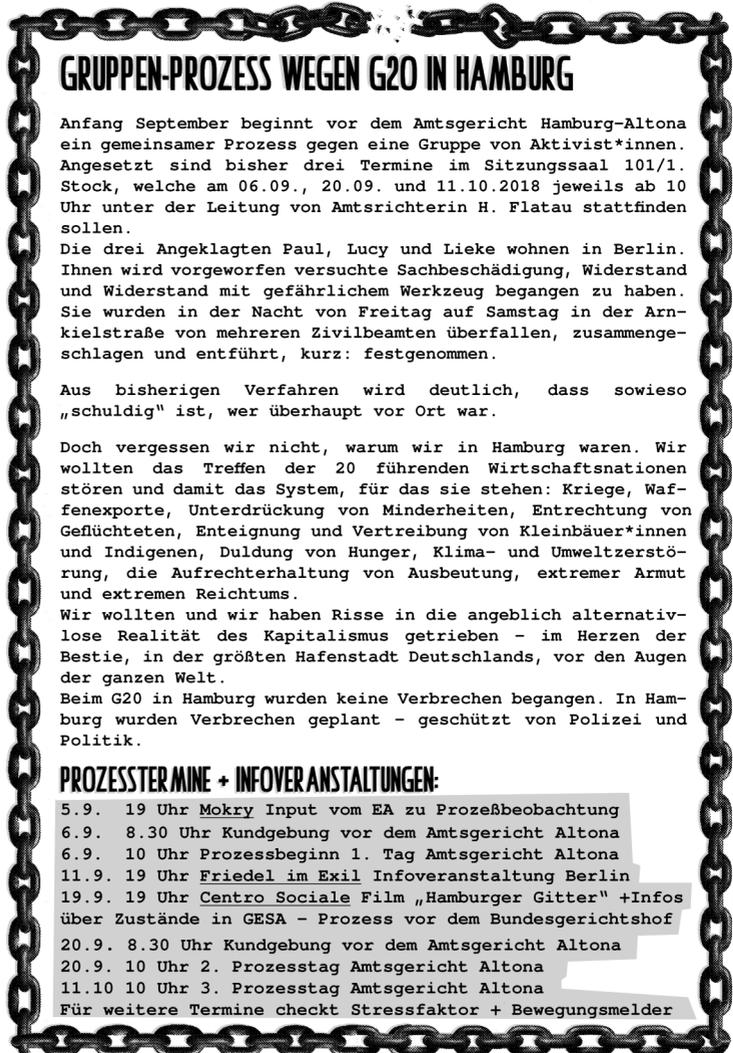
Alle Texte dieser Broschüre haben wir offen zugänglich auf unseren Blog gepackt: <https://g20gruppenprozess.blackblogs.org/>

Dieser enthält außerdem noch unsere Abschlusserklärung, die wegen vieler Redundanzen hier nicht abgedruckt ist, und die fast ungekürzten Prozessmitschriften.

Wir hoffen, diese Broschüre und der Blog können anderen Betroffenen und Soligruppen helfen. Außerdem hoffen wir damit Anti-Repressionsarbeit mehr ins Bewusstsein zu bringen.

Unsere Solidarität gilt den sozialen Gefangenen weltweit und den Gefangenen und Beschuldigten der NoG20-Proteste im Besonderen!

Free Peike! Free Halil, Can und Loïc! Free them all!



GRUPPEN-PROZESS WEGEN G20 IN HAMBURG

Anfang September beginnt vor dem Amtsgericht Hamburg-Altona ein gemeinsamer Prozess gegen eine Gruppe von Aktivist*innen. Angesetzt sind bisher drei Termine im Sitzungssaal 101/1. Stock, welche am 06.09., 20.09. und 11.10.2018 jeweils ab 10 Uhr unter der Leitung von Amtsrichterin H. Flatau stattfinden sollen.

Die drei Angeklagten Paul, Lucy und Liebe wohnen in Berlin. Ihnen wird vorgeworfen versuchte Sachbeschädigung, Widerstand und Widerstand mit gefährlichem Werkzeug begangen zu haben. Sie wurden in der Nacht von Freitag auf Samstag in der Arniekielstraße von mehreren Zivilbeamten überfallen, zusammengeschlagen und entführt, kurz: festgenommen.

Aus bisherigen Verfahren wird deutlich, dass sowieso „schuldig“ ist, wer überhaupt vor Ort war.

Doch vergessen wir nicht, warum wir in Hamburg waren. Wir wollten das Treffen der 20 führenden Wirtschaftsnationen stören und damit das System, für das sie stehen: Kriege, Waffenexporte, Unterdrückung von Minderheiten, Entrechtung von Geflüchteten, Enteignung und Vertreibung von Kleinbäuer*innen und Indigenen, Duldung von Hunger, Klima- und Umweltzerstörung, die Aufrechterhaltung von Ausbeutung, extremer Armut und extremen Reichtums.

Wir wollten und wir haben Risse in die angeblich alternative Realität des Kapitalismus getrieben - im Herzen der Bestie, in der größten Hafenstadt Deutschlands, vor den Augen der ganzen Welt.

Beim G20 in Hamburg wurden keine Verbrechen begangen. In Hamburg wurden Verbrechen geplant - geschützt von Polizei und Politik.

PROZESSTERMINE + INFOVERANSTALTUNGEN:

- 5.9. 19 Uhr Mokry Input vom EA zu Prozeßbeobachtung
- 6.9. 8.30 Uhr Kundgebung vor dem Amtsgericht Altona
- 6.9. 10 Uhr Prozessbeginn 1. Tag Amtsgericht Altona
- 11.9. 19 Uhr Friedel im Exil Infoveranstaltung Berlin
- 19.9. 19 Uhr Centro Sociale Film „Hamburger Gitter“ +Infos über Zustände in GESA - Prozess vor dem Bundesgerichtshof
- 20.9. 8.30 Uhr Kundgebung vor dem Amtsgericht Altona
- 20.9. 10 Uhr 2. Prozesstag Amtsgericht Altona
- 11.10 10 Uhr 3. Prozesstag Amtsgericht Altona

Für weitere Termine checkt Stressfaktor + Bewegungsmelder

Teil 2 - Direkte Repression

"Weder ich noch meine Kollegen haben das Wort Überfall benutzt"

Die Festnahme

Am direktesten spürst du die Gewalt natürlich im Moment der Festnahme. Wir verließen das Schanzenviertel, weil klar war, dass es in nächster Zeit von bewaffneten Schlägern gestürmt würde. Dass am Ende gar das SEK die roten Punkte ihrer Gewehre auf Anwohner*innen richten würde, konnten wir natürlich noch nicht wissen.

Relativ kurz nach Verlassen der Schanze war bereits niemand mehr auf den Straßen, stattdessen bemerkten wir, von einem Fahrrad verfolgt zu werden. Wir rannten und bogen in eine noch dunklere Seitengasse ab. Hier kam uns ein einzelner, groß gewachsener und ziemlich massiver Mann in schwarzer Bekleidung entgegen. Er hielt sofort die erste Person von uns fest und schlug auf sie ein. Dadurch abgelenkt, bekamen wir im ersten Moment gar nicht mit, dass wir bereits in der Falle waren. Hinter uns tauchten weitere verkleidete Bullen auf und schlugen uns mit Fäusten oder Teleskopschlägern auf den Kopf und in die Seite, bis wir schließlich auf dem Boden lagen. Die ganze Situation war so überraschend, dass ich mir sogar eingepisst habe. Das will man aber natürlich niemandem sagen und zeigen. Nicht den Bullen, und auch später nicht den Justizmitarbeiter*innen.

In der Stresssituation ist es unvorbereitet nicht mehr möglich die Übersicht zu behalten. Mir wurden auf dem Pflaster liegend zunächst die Hände hinter dem Rücken mit Kabelbindern zusammengebunden und ich wurde durchsucht. Dabei kam es durchgehend zu Bedrohungen und Beleidigungen. Anschließend wurden wir zu zweit an einen Zaun geschafft, vor dem wir zu knien hatten. Dort wurden auch unsere Rucksäcke hingelegt. Zu den Rucksäcken wurde dann noch ein Pflasterstein gelegt, der von den Bullen auf der Straße gefunden wurde. An dem Zaun konnten wir nur noch abwarten und verfolgen wie ein scheinbar unauffälliges Pärchen mit Kinderwagen sich dem Geschehen näherte und weggeschickt werden sollte, bis es einen Code-Satz sagte und sich die Zivi-Bullen kurz austauschten.

Die dritte Person wurde hundert Meter weiter festgenommen. Bei ihr lief die Festnahme so mysteriös und brutal ab, dass sich später eine Nachbarin bei der Polizei meldete und von einer vermeintlichen Entführung ausging. Sie hatte gesehen, wie vermummte Männer einen anderen Vermummten jagten und mit Teleskopschlägern verprügelten. Anschließend wurde er in den Kofferraum eines zivilen Fahrzeuges geworfen und ein Mann setzte sich auf ihn. Dann fuhr der Wagen los.

Wir anderen wurden in je eine Zivikarre gepackt und mit je drei Mann Begleitung zu einem nahegelegenen Revier verbracht.

Im Revier kam es zur Personalienfeststellung und einer ED-Behandlung. Wir haben die Aussage verweigert. Aber wir haben uns für Fotos nochmals vermummt. Das war ein Fehler von uns, das muss man nicht machen! Also nicht nur Aussage verweigern, sondern alles verweigern! Danach lag ich drei Stunden in einer Art Ausnüchterungszelle mit 2m x 1,5m Fläche und einer harten Holzpritsche, nach wie vor mit hinter dem Rücken gefesselten Händen. Mir wurden außerdem noch Tüten über die Hände gezogen um mögliche Rückstände von Brandbeschleunigern o.ä. nachzuweisen. Der Revierbulle benahm sich dabei wie Stromberg, in der TV-Serie. Mit dämlichen Sprüchen versuchte er uns einzuschüchtern, blamierte sich jedoch eher selbst.

Hinterher wurden wir mehrmals verlegt, erst zur GeSa (Gefangensammelstelle), dann zum Knast Billwerder, dann zum Knast Hahnöfersand. Auf dem Weg vom Gefangenentransporter in die GeSa versuchten noch „einfühlsame Bullen“ uns anzuquatschen, wir hätten ja was Dummes gemacht und unser Leben nun versaut. Bloß keine Aussagen machen. Am besten gar nicht antworten. Zur GeSa später mehr.

Auch wenn GeSa und Knast scheiße sind, um so weiter wir vom Geschehen weg kamen, desto neutraler wurden die Beamten. Waren wir zunächst mit dem direkten Hass der Beamten konfrontiert, weil wir vermeintlich die waren, „die Kollegen töten wollen“, wurden wir mehr und mehr zu anonymen Gefangenen.

Die Ärztin beim Gesundheitstest im Knast Billwerder freute sich gar mal eine so junge, freundliche Klientel zu haben. Höhepunkt der Absurditäten – an der Wand eines weiteren Büros, wo unsere Aservaten quitiert wurden, hing ein Kurvenfoto mit der Unterschrift:

St. Pauli-Fans gegen Sexismus und Homophobie.

What the fuck!

Tipps und Tricks zum Aufenthalt - Wache, GeSa, Knast und Co.

Passieren kann es uns allen, und meistens geht es unglaublich schnell. Eben wart ihr noch unterwegs, auf einer Demo, Blockadeaktion oder auf dem Weg nach Hause. Im nächsten Moment sitzt ihr in der Wanne Richtung Wache oder GeSa. Uneingeschränkt zu empfehlen und auf jeden Fall nur zu eurem Vorteil sind die Hinweise und Ratschläge aus der „Was tun wenn’s brennt“-Broschüre und den Rechtshilfeflyern der Roten Hilfe. Ergänzend dazu gibt dieser Text in 5 Punkten Anregungen, die euch hoffentlich helfen den Aufenthalt in der GeSa zu überstehen und eventuell sogar solidarisch zu gestalten.

1. Checkt euch selbst

Auch wenn das Gedankenkarussell kreist, ihr euch Sorgen um Freund*innen und berechtigterweise auch um euch selber macht: lehnt euch kurz zurück und nehmt euch Zeit, euren eigenen Zustand wahrzunehmen. Höchst wahrscheinlich ist eure Festnahme gewaltsam verlaufen; und nicht alle Verletzungen davon sind sichtbar. Also überprüft eure Sinne, achtet beispielsweise auf Sichtfeldverschiebungen, einseitigen Hörverlust, Schwindel, Übelkeit und extreme Schweißausbrüche/Schüttelfrost. Manche dieser Symptome sind auf einen Schock zurück zu führen, aber auch auf eine Gehirnerschütterung oder ein Schleudertrauma. Fordert auf jeden Fall einen Arztbesuch ein, in den meisten größeren GeSas ist immer einer vor Ort. Lasst eure Verletzungen, auch die unsichtbaren, dokumentieren und versucht euch im Zweifel in ein Krankenhaus verlegen zu lassen. Auch wenn ihr dort mit Hand- und Fußfesseln eingeliefert werdet, ist das immer noch angenehmer und eurer Heilung zuträglicher als GeSa oder U-Haft.

Dieser Punkt steht nicht umsonst an erster Stelle, um euch selbst und anderen in den nächsten Stunden und Tagen helfen zu können, müsst ihr wissen, wie es euch geht. Überprüft euren Zustand auch immer mal wieder auf Veränderungen.

2. Checkt andere

Sprecht eure Zellenmitinsass*innen aktiv auf ihren Gesundheitszustand an. Verfahrt nach den oben genannten Punkten. Wenn ihr selber in der Lage seid Fürsorge zu leisten, schenkt ein offenes Ohr, Aufmerksamkeit, Ermunterungen und klärt über Strukturen auf, wie z.B. den EA (Ermittlungs-Ausschuss), den anwaltlichen Notdienst o.ä. Manch eine*r ist aber auch lieber mit sich und seinen*ihren Gedanken allein. Gerade weil der Platz in der Zelle beschränkt ist, ist es wichtig den anderen Raum zu lassen.

3. Stellt Forderungen

Schlechter Geschmack im Mund, muffige Achseln, Bock auf Bananen? Verlangt Hygieneartikel, eine warme Dusche, Wechselkleidung, Obst, eine warme Mahlzeit, Raucherpausen etc. Auch wenn die meisten eurer Forderungen zuerst auf taube Ohren, Hohn und Spott treffen, lohnt es sich immer wieder und vor allem unterschiedliche Beamt*innen nach euren Verlangen anzuhauen. Vieles ist nach und nach möglich, und die Cops sind auch unterschiedlich drauf. Priorisiert eure Bedürfnisse und versucht erst das Wesentliche abzudecken, bevor es um Dosenbier und Pommes geht. Aber auch danach zu fragen, kann unterhaltsam sein. Dinge einfordern ist außerdem ein prima Weg um aus der gefühlten Passivität auszubrechen.

4. Unterstützt die Forderungen anderer

Seid solidarisch mit den Forderungen eurer Mitinsass*innen und tragt diese mit, oder ergänzt sie noch. Es gibt kaum etwas Enttäuschenderes als mit einer Forderungen schon fast am Ziel zu sein, um am Ende von den eigenen Leuten den Wind aus den Segeln genommen zu bekommen.

5. Ausbruch aus der Passivität

Auch in der GeSa gelten die gewohnten Gepflogenheiten hinsichtlich Anstand und Manieren. Andere Mitinsass*innen dürfen auf den Gängen und über den Hof gerne freundlich begrüßt werden, wem der Mund dafür zu trocken ist: lächeln oder winken zählt auch. Aus etwas Klopapier und Spucke werden schnell ein paar kleine Kugeln, Würfel oder Mühlesteine gebaut und gespielt werden darf immer. Lenkt euch ab, und auch wenn es abstrus klingt: versucht

Spaß zu haben! In eurer momentanen Situation seid ihr zum fremdbestimmten Warten verbannt, außer ihr beschließt euch etwas von dieser Zeit zurück zu holen und somit vom Abwarten ins Handeln zu kommen. Alles was euch hilft die Passivität und das Gedankenkreisen zu verlassen, ist willkommen. Wenn viele beschließen, dass es nichts Schöneres gibt, als den Morgen/Abend/Schichtwechsel mit einem fröhlichen Lied zu begrüßen, fühlen sich auch die, die nicht singen können, weniger allein.

Freunde im Hintergrund

Die Unterstützung von außerhalb ist auch für die Betroffenen wichtig. Im besten Fall sollte im Voraus abgesprochen werden, dass man auf die Aktion gehen will und wer zu kontaktieren ist, falls etwas passiert (Anwält*innen sowie Verwandte, Freund*innen). Für die Personen, die nicht auf der Aktion sind, ist es auch gut eine Ansprechperson zu haben, von der man erfährt, dass etwas passiert ist. Je mehr im Voraus abgesprochen wird, desto stressfreier und strukturierter läuft es ab, wenn es euch/eure Bezugsperson erwischt hat. In unserem Fall ist es unterschiedlich abgelaufen. Bei zwei Personen haben die Mitbewohner*innen irgendwann festgestellt, dass die beiden nicht zurück kommen und sich nicht mehr melden. Sie haben dann Kontakte zur GeSa-Support-Crew vor Ort hergestellt. Die dritte Person hat in der GeSa einen bekannten Anwalt getroffen, der wiederum dem Freund*innenkreis Bescheid geben konnte.

Ab dem Moment, wo klar war, dass die Personen festgenommen wurden, musste von draußen aus einiges organisiert werden. Als erstes musste die Kommunikation mit den Anwält*innen hergestellt und regelmäßig Infos ausgetauscht werden: wo die Personen sich befinden (sie wurden mehrmals in unterschiedliche Knäste verlegt), wann sie perspektivisch raus kommen und was sie brauchen. Parallel zu Hause wurden die sensiblen Gegenständen weggebracht, weil die Angst nicht auszuräumen war, dass eine Hausdurchsuchung stattfinden könnte.

Kontakt wurde auch aufgenommen mit den Antirep-Strukturen vor Ort. Es gab eine Gruppe, die GeSa-Abholung gemacht hat und die externen Menschen auch sagen konnte, ob die Personen schon draußen sind. Als eine Person in einen anderen Knast außerhalb der Stadt gebracht worden ist, war leider keine GeSa-Abholung mehr

da. Zum Glück waren noch ein paar Freund*innen in der Stadt, die sich darum kümmern konnten, die Person mit einem Auto, frischen Klamotten und leckerem Essen abzuholen und bis nach Hause zu fahren.

Wenn die Möglichkeit besteht, eine persönliche Abholung zu organisieren, ist es wirklich eine sehr große Unterstützung für die Betroffenen. Nach mehreren Stunden/Tagen Isolation, Stress und Unruhe in GeSa und Knast ist es sehr wichtig, nicht allein gelassen zu werden. Meistens weiß man nicht genau wann und wo man raus gelassen wird. Man kennt sich womöglich nicht in der Umgebung aus, hat kein Handy mehr und eventuell kein Geld für die Rückfahrt. Man ist schmutzig, verschwitzt, hat womöglich Schmerzen von der Festnahme und psychologische Belastung von der Zeit vor und in der GeSa. Allein herum zu irren oder von fremden Menschen empfangen zu werden, ist echt nicht schön und kann längere negative Auswirkungen haben, z.B. auf das Vertrauen im Freund*innenkreis, der Politgruppe oder der Liebesbeziehung.

Vor der Aktion

Wer geht nicht zur Aktion und weiß, dass ich dort bin?

Wer kontaktiert wen? Wer soll meine*n Anwalt*in sein? Kenn ich seine*ihre Nummer?

Ist mein Zimmer „sauber“?

Habe ich ein sauberes Handy? Kleingeld für die Rückfahrt?

Knastabholung

Grober Medizinkoffer (Pflaster, Arnika, Schmerzmittel, ...)

Wenn möglich saubere Klamotten

Essen und Getränke

Ein Handy, um Freund*innen zu beruhigen und sich beim EA abzumelden



Teil 3 – Juristisches Nachspiel & Aufbau der Soligruppe Nach Hamburg ist vor Hamburg

Befragungen und Handyauswertung – Wie wurde ermittelt?

Gegen uns wurde wegen Sachbeschädigung mit Feuer, Landfriedensbruch und Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte ermittelt. Davon kam nicht alles zur Anklage, aber zumindest die Bullen haben selbst bei ihren Zeugenaussagen vor Gericht noch behauptet, sie hätten uns dabei beobachtet, wie wir Teil eines Mobs waren, der Wannen mit Steinen bewarf. Das kam nicht zur Anklage. Aber spannend ist, wie die Bullen auf Basis dieser Vorwürfe ermittelt haben. Dabei stützen wir uns auf die Akteneinsicht und die Zeug*innen-aussagen.

Asservaten

Handschuhe, Schals und Jacken, die wir trugen, wurden asserviert. Ob daran weitere Untersuchungen durchgeführt wurden, ist den Akten nicht zu entnehmen. Zudem wurden wir durchsucht. Demo-Karten, "Logistikzettel", "Verhaltensregeln für Demonstranten" und Handzettel mit Telefonnummern befanden die Bullen als erwähnenswert in ihren Berichten. Zu einem sichergestellten Handy später mehr.

ED-Behandlung und Brandspurensuche

Mit uns wurde eine erkennungsdienstliche Behandlung durchgeführt. Es wurden Lichtbildfotos angefertigt von unseren Gesichtern, frontal und im Profil, vermummt und unvermummt. Zudem wurde der ganze Körper frontal und im Profil fotografiert, in einem Fall mit Maßstab im Hintergrund. Auch die Schuhe und Schuhsohlen wurden im Detail aufgenommen, ebenso eine Sonnenbrille. Dies geschah noch in der Nacht in der Wache. Einer Person wurden für zwei Stunden Tüten über die Hände gezogen und mit Klebeband festgezurrert. Angeblich sollten damit Hinweise auf Brandspuren gefunden werden. Die Ergebnisse davon sind nie in den Akten aufgetaucht.

Anhörung der Betroffenen

Bereits am frühen Morgen nach der Festnahme wurden wir in der GeSa zu den Geschehnissen befragt. Dies geschah ohne die Möglichkeit uns mit den anderen abzusprechen. Wir haben alle die Aussage verweigert. Das zeigt, wie wichtig die kontinuierliche Antirepressiv-ansarbeit ist – dieses Wissen haben alle verinnerlicht.

Vor-Ort-Begehung

Zwei Beamte besuchten den Tatort am Folgetag, also noch während des G20-Gipfels, um Fotos von versengten Mülltonnen anzufertigen. Diese Fotos befanden sich später in den Akten. Dabei wurden aber auch Mülltonnen vom falschen Grundstück fotografiert, was vor Gericht ziemlich lange und groteske Debatten über die Farbe von Mülltonnen-Deckeln verursachte. Zeug*innenvernehmungen seien nicht möglich gewesen, aber Kontakte zu Zeug*innen wurden gesammelt. In den Zeug*innenaussagen berichteten die Bullen, dass ein weiterer Kollege am gleichen Tag nochmals zum Tatort zurückkehren sollte, um Wurfmaterial sicherzustellen. So sammelte er eine halbe Gehwegplatte von der Kreuzung ein, mit der ein Bullenkonvoi beworfen worden sein soll. Dieser Stein lagerte fortan nicht bei den Asservaten, sondern bei der persönlichen Sammlung der Bullen im Kommissariat, bis er für einen theatralischen Moment im Gericht herhalten durfte. Den Bullen war natürlich bewusst, dass das kein zugelassenes Beweisstück wird.

Bullenzeugen

Die Hauptbelastung blieben bis zum Schluss die Bullen selbst. Noch in der Nacht wurden Kurzberichte angefertigt. Bereits am Tag nach der Festnahme wurden von ihnen zwei Berichte und ein Zusatzbericht verfasst.

Zweieinhalb Monate später wurde einer der Bullenzeugen durch einen Beamten der SoKo (Sonderkommission) Schwarzer Block als Zeuge vernommen. Die Aussage ist nur als Fließtext vorhanden, nicht in Form von Frage-Antwort. Vor Gericht stellte sich heraus, dass die Vernehmung auch eher einem gemeinsamen Berichtschreiben glich, als einer Befragung.

Zeug*innen

Die Bewohner*innen des Hauses mit den angekorkelten Mülltonnen

wurden zur Zeug*innenvernehmung geladen und ein Nachbar musste auch vor Gericht aussagen. Die Vernehmung der Bullen war nicht besonders genau, bzw. war zu sehr von der Überzeugung geprägt, dass sie schon die Richtigen haben. So stellte sich erst vor Gericht heraus, dass die Mülltonnen aus unserem Fall in dieser Nacht zwei Mal auf die Straße gezogen und angesteckt wurden.

Eine weitere Zeugin meldete sich drei Tage nach der Verhaftung bei den Bullen um auszusagen. Diese Aussage wirkte entlastend für uns. Ihre Eindrücke sind weiter oben schon beschrieben. Ihre Aussagen sind aber nicht wortwörtlich überliefert worden, sondern es existiert nur eine zusammenfassender Fließtext der Aussage, den natürlich ein Beamter des Polizei-Kommissariats 21 angefertigt hat. Es ist dasselbe PK, dessen Beamte auch die Festnahme durchgeführt haben. Es wäre spannend gewesen, was sie vor Gericht noch zu sagen gehabt hätte.

Telefonauswertung

Einer von uns hatte ein Aktionshandy (Samsung GT-E) bei sich. Die Bullen hatten keine PIN. Bei der forensischen Untersuchung wurden dennoch alle gespeicherten Daten gesichert. Es wurde ein Bericht erstellt, der in der Akteneinsicht übermittelt wurde. Unklar ist, ob sie den Telefonspeicher oder den SIM-Karten-Speicher ausgelesen haben. Auf jeden Fall sind sie an Daten über die versendeten Anrufe und SMS gelangt. Kontakte gab es nur zwei gelöschte, die nicht nachvollzogen werden konnten. Auch auf Audio-Dateien und Dokumente hätten sie ggfs. Zugriff gehabt, es gab aber keine. Von den Anrufen sind die angerufene Nummer, die Verbindungsdauerzeit (Systemzeit des Handys) und die Verbindung (gewählt, verpasst) dokumentiert. Von den SMS ist zusätzlich auch der Klartext ermittelt. In einer SMS wurde mit dem echten Vornamen des Beschuldigten unterschrieben, was direkt als Hinweis auf die Eigentümerschaft gewertet wurde. Zu den gewählten Nummern wurden Abfragen beim Telefonanbieter (Telefónica Germany) gestellt. Bei einigen Verbindungsdaten konnte eine Clusterung in einem geographischen Raum festgestellt werden. Dummerweise wurde aber auch mit Nummern kommuniziert, die auf reale Personen angemeldet waren. Eine Person ist in der Datei „politisch motivierte Gewalt links“ registriert und steht wohl in Verbindung mit Körperverletzungsdelikten gegen Bullen bei Demonstrationen. Das wurde direkt im Bericht vermerkt.

Weitere Ermittlungsversuche haben wir nicht mitbekommen, weder vom PK21 noch von der SoKo Schwarzer Block. Uns ist nur eine einzige Zeugenvernehmung bekannt. Das scheint recht wenig in Anbetracht der gegebenen Möglichkeiten.

Befürchtungen und Umgang damit

Die mächtigsten Waffen der Repressionsorgane sind Angst, Vereinzelung und Verunsicherung.

Das fing schon im Knast an. Wir saßen in verschiedenen Zellen ohne Kontaktmöglichkeit. In allen Zellen wurde versucht möglichst nicht zusammengehörige Gefangene unterzubringen. Gewerkschafter*innen, ausländische Rioters, linke Szene, Kurd*innen, unorganisierte Jugendliche. So bildeten sich direkt neue Bekanntschaften in den Zellen. Wir bekamen mit, wie Mitgefangene schon seit Donnerstag da waren, manche freigelassen wurden oder andere in U-Haft kamen. Zwischendrin kamen immer wieder Papiere mit Vorwürfen in die Zellen, die wir uns versuchten zu erklären oder zu übersetzen.

Es ist vor dem*der Untersuchungsrichter*in ziemlich egal, was stattgefunden hat, sondern nur, was auf dem Papier steht, das die Bullen bedruckt haben. Das verstärkt die Ungewissheit in der GeSa enorm. Unser*e Untersuchungsrichter*in musste jeweils über unsere Inge-wahrsamnahme und weitere Freiheitsberaubung entscheiden. Sie*Er verhandelte dabei über die Vorwürfe Schwerer Landfriedensbruch und Sachbeschädigung mit Feuer, also über komplett andere Tatvorwürfe als später die Richterin im Amtsgericht. Im Antrag auf "richterliche Entscheidung über die Fortdauer der Freiheitsentziehung" wurde ausgiebig die Gefahrenlage durch "linksextremistische und autonome Klientel" eingegangen, durchgeführte und geplante Demos des Wochenendes wurden aufgezählt und es wurde allen Ernstes in diesem amtlichen Dokument behauptet: "Seit Beendigung der am 06.07.2017 stattgefundenen Demonstration "Welcome to Hell" kam es zudem an verschiedenen Orten des Stadtgebietes zu bürgerkriegsähnlich Zuständen". Die Aussage der Ziften, die uns festgenommen haben, sagten auch wenig über uns, aber viel über eine Gruppe, die eine Stunde lang eine Kreuzung auseinandergenommen hatte und Bullenfahrzeuge bewarf.

Letztlich kamen wir einen Tag nach der Richter*invorführung zeitlich versetzt aus verschiedenen Knästen frei. Wir hatten Glück im Unglück.

Es war schön nach der direkten Repression wieder draußen zu sein – keine U-Haft, saubere Klamotten, gutes Essen, Freund*innen und den ganzen Scheiß mal rauslassen.

Aber bald kamen die Gedanken, was folgt daraus? Welche Vorwürfe und Strafen werden kommen? Dazu musste der ganze zwei Tage lange Stress verarbeitet werden und das lief individuell sehr verschieden. Von keine Platte machen, über apathisch sein, bis richtig Angst bekommen. Während ich zuerst dachte, das ist ja alles nochmal gut gegangen und nimmt mich gar nicht so mit, kam später die Erkenntnis: nein, es ist nicht normal zwei Wochen lang nur am Küchentisch zu sitzen und Zeitungen zu lesen. Es bleibt auf jeden Fall etwas im Kopf zurück, das verarbeitet werden muss.

Schon vor dem Gipfel wurden extra alle Gesetze verschärft, und es schien klar, dass für G20 Exempel statuiert werden sollten. In der Zeit der Medienhetze nach G20 wussten wir, die meinen uns.

Die Vorwürfe aus der GeSa und die offensichtliche Wut der offiziellen Politik über den verkackten G20-Gipfel bildeten die Grundlage für die individuelle Angst, die danach kam. Es könnte also in den Knast gehen. Es gab nach Akteneinsicht zwar keine Hinweise darauf, was wir mit einem Landfriedensbruch zu tun hätten, aber letztlich zeigten die anderen G20-Prozesse, dass es darauf nicht ankam. Zwei Aussagen von Bullen, egal welcher Qualität und Widersprüchlichkeit, und es wäre eben so gewesen und die Strafe wäre fällig gewesen.

Die ersten Treffen mit der Soligruppe waren von dieser Angst geprägt. Es wurden Überlegungen angestellt, wer im Zweifel auf die Hunde aufpassen und die Wohnung halten würde...

Da wir uns vor G20 nicht kannten, war außerdem erst einmal Gruppenbildung angesagt. Ohne konkrete Termine war die Arbeit der Soligruppe sehr zäh. Was auch an uns Betroffenen lag, die das Thema z.T. weit von sich wegschieben wollten.

Besser wurde es, als Mitte März die Anklageschriften kamen. Es blieben nur noch Widerstand und versuchte Sachbeschädigung übrig. Es dämmerte, dass das eher marginale Vorwürfe sind. Aber sicher

sein konnten wir uns nicht, bis der Prozess wirklich lief und die Richtung klar wurde.

Keine Ahnung, wie es geworden wäre, wenn wir gegen schwerwiegenderere Vorwürfe hätten ankämpfen müssen. Wäre die Angst ebenso überwunden worden oder hätten wir uns dann zerstritten? Wäre der Fall viel mehr verfolgt worden, weil es um mehr gegangen wäre? Ich bin ganz froh, dass wir das nicht herausfinden mussten.

Aufbau der Soligruppe

Kurz nachdem die Briefe mit den Anklagepunkten ankamen, wurde die Entscheidung getroffen, dass eine Unterstützungsgruppe gegründet werden sollte, um den Prozess vorzubereiten und zu begleiten. Die Zusammenfindung dieser Gruppe war am Anfang nicht reibungslos. Dadurch dass die drei Angeklagten als Gruppe vor Gericht gehen mussten, wurde die Gruppe gleich für alle drei gemeinsam gegründet. Jede Person hat zwischen 2 und 6 Personen zu einem ersten Treffen eingeladen. Einige kannten sich schon, andere gar nicht. Die meisten hatten noch gar keine Erfahrung mit Antirep-Arbeit oder Unterstützungsgruppen. Das erste Treffen war ziemlich chaotisch und die Stimmung ein bisschen benommen. Man hatte Angst vor einer großen Strafe, war überfordert mit den Aufgaben und dem eigenen Unwissen, was juristisch welche Konsequenzen hat. Die Betroffenen waren auch unterschiedlich vorbereitet: eine hatte viel recherchiert, schon oft mit ihrer Anwältin Kontakt gehabt und wollte ein politisches Prozess führen. Ein anderer hatte sich kaum informiert, der letzte wollte vor allem nicht in den Bau gehen. Es wurde eine Kennenlern-Runde gemacht, Ziele und Vorstellungen ausgetauscht, Kapazitäten eingeschätzt und Mängel offen gelegt. Dann kam die Gruppe "United We Stand Berlin", die eingeladen wurde, um ihre Erfahrung zu teilen und Eindrücke über den Ablauf der ersten G20-Prozesse zu schildern. In diesem Gespräch wurde klarer, welche ersten Lücken gefüllt werden sollten. Vor allem Recherche und rechtliche Beratung waren wichtig um eine gemeinsame Strategie zu entwickeln.

Einige Zeit verlief nach diesem Treffen, wo jede*r für sich oder in Kleingruppen arbeitete. Einige Menschen haben sich informiert, Material gesammelt, Berichte der aktuellen G20-Prozesse gelesen, um die Strategien der Polizei/Richter*innen oder Angeklagten zu

untersuchen. Andere sind nach Hamburg gefahren um sich Prozesse anzuschauen, Antirep-Strukturen zu treffen und Kontakte zu knüpfen. Andere haben in befreundeten Kneipen Spendendosen aufgestellt, damit Anwält*innen, Fahrten nach Hamburg, Pennplätze und Mobimaterial für Kundgebungen vorm Gericht bezahlt werden können.

Parallel liefen zwischen den drei Angeklagten ein paar Treffen um sich auf eine gemeinsame Strategie zu einigen. Ein, zwei Treffen mit der Unterstützungsgruppe haben die Entscheidung klar gemacht: der Prozess ist politisch und wird als solcher geführt. Die Angeklagten sind solidarisch unter sich und werden keine Aussage während des Prozesses treffen. Um ihre Ansicht darüber klar zu machen, was bei G20 und später im Gericht abgeht, werden die drei Angeklagten am ersten Tag eine Prozessklärung vorlesen. Es wurde auch entschieden diesen Prozess zu mediatisieren, mit der Besonderheit für uns, dass es der erste Gruppenprozess im Rahmen von G20 sein würde und der erste bei dem Leute aus Berlin angeklagt sein würden. Wir haben dann einen Blog aufgebaut auf dem Infos v.a. für die linke Szene geteilt werden sollten.

Folglich wurde in den zwei, drei Monaten vor dem ersten Prozesstag viel unternommen. Die Gruppe war inzwischen ein bisschen geschrumpft, aber eine solide Basis von ca. 10 Leuten gab es noch. Wir haben uns langsam in eine Arbeitsroutine eingelebt. Wir haben uns als Aufgaben gestellt: Erstens die Angeklagten vor und bei den Prozesstagen zu unterstützen, indem sie nicht allein mit ihren Entscheidungen stehen müssen, Zweitens eine Kundgebung vorm Gericht bei jedem Prozesstag anzumelden und zu betreuen, Drittens Infoveranstaltungen in Hamburg und Berlin zu veranstalten, und Viertens uns gemeinsam um die Anfahrt, Pennplätze und Abreise an den Prozesstagen zu kümmern. Um Geld mussten wir uns kaum kümmern, da unterschiedliche Spenden zusammengekommen waren und uns einen ordentlichen Puffer gegeben haben. Eine Sorge weniger! Die Veranstaltungen in Hamburg zu planen war einerseits motivierend, andererseits aber auch stressig. Es war für uns ein Weg, ein bisschen Macht über die Situation zurück zu gewinnen, indem wir unsere Sicht über den Prozess teilen konnten und mit Aktivist*innen aus Hamburg und von United We Stand darüber reden konnten. Die meisten Veranstaltungen waren nicht so

groß, aber freundlich. Sie haben uns die Gelegenheit gegeben, als Gruppe aus Berlin in netten Orten zusammen zu kommen und Kraft vor den Prozesstagen zu tanken. Die allererste Veranstaltung war besonders wichtig, da sie als Generalprobe diente: es wurde zusammengefasst, worum sich der Prozess drehte, was die Anklagepunkte waren und wie damit verfahren werde. Die Prozesserkklärungen wurden dann vorgelesen und zusammen besprochen. Es war sehr bewegend.

Arbeit der Soligruppe

Es gibt in allen Gruppen, in denen ich bisher war, entscheidende Momente. Der Moment an dem Leute überhaupt, das erste Mal zusammenkommen und sich zunächst vorsichtig und ein bisschen unvertraut gegenüberstehen. Dann die Momente, in denen sich auf ein Ziel oder Projekt geeinigt werden konnte, Visionen im Raum sind und alle für sich und zusammen entwerfen, wie es aussehen könnte.

Und dann gibt es den Moment an dem es los geht:

Im Zentrum unserer Soliarbeit für die drei stand mit Sicherheit das Verfahren vorm Amtsgericht Altona. Wir alle kannten uns mit Antirep-Arbeit nicht besonders gut aus und waren vorher nie in einem vergleichbaren Verfahren von Repression betroffen. Die repressiv autoritäre Stimmung nach dem G20 Gipfel tat ihr Übriges. Die Stimmung vor dem ersten Prozesstag war zwar nicht panisch, aber zumindest stark verunsichert. Hatten wir uns genügend vorbereitet? Stand die Orga für die Infoveranstaltungen und die Kundgebung? Was würde der erste Prozesstag für die drei bedeuten? Zunächst waren drei Gerichtstage anberaumt worden.

Wir bereiteten uns darauf vor, mit weiteren Unterstützer*innen nach Hamburg zu fahren. Erklärter Anspruch innerhalb der Gruppe war es, den drei Betroffenen möglichst viel organisatorische Arbeit zu ersparen und möglichst viel innerhalb der Soligruppe zu verteilen. Im Vorfeld gab es einen ganz guten Austausch mit den Strukturen in Hamburg und wir konnten uns verständigen, wie wir die Kundgebung vor dem Gericht organisieren würden und auch wie wir die vorabendlichen Infoveranstaltungen durchführen würden.

Berlin – Hamburg – Berlin

Die Abreise zum ersten Prozesstermin war dann auch direkt sehr chaotisch. So waren wir zwar am frühen Nachmittag in Hamburg und probierten alles zu organisieren, es war aber auch noch Einiges zu tun.

Das bedeutete den Schlafplatz zu checken, dann weiter den Ort für die Infoveranstaltung anzusehen und dort weitere Vorbereitungen zu treffen, um dann nochmal los zu müssen, um das Material für die Kundgebung vorm Gericht abzuholen.

Dazu kommt das Phänomen, dass in einer nicht so gut eingespielten Gruppe alles gefühlt doppelt so lange dauert. Einfach, weil wir immer wieder aufeinander warten müssen, Person x hat noch Hunger, usw.

Am Abend, als die erste Infoveranstaltung vorbei war, spürte ich eine erste Beruhigung der Gruppe. Die Infoveranstaltung war zwar nicht besonders gut besucht, für uns alle aber trotzdem sehr wichtig gewesen. Die drei hatten ihre Prozesserkklärungen vor kleinem Publikum vorgelesen und waren alle sehr bestärkt worden. Kleinere Unklarheiten konnten diskutiert und ausgeräumt werden. Insgesamt war es ein kleiner aber sehr wichtiger Startpunkt.

Resümee

Zusammenfassend kommt es mir so vor, als ob es jedes Mal, dass wir nach Hamburg gefahren sind, ganz schön viel zu tun war. Wir haben zu den ersten zwei Terminen jeweils noch eine Infoveranstaltung am Abend davor organisiert. Obwohl uns die Infrastruktur für die Kundgebungen solidarischerweise von Hamburger Strukturen zur Verfügung gestellt wurde, war die ganze Rumfahrierei zeit- und kräfteraubend. Daraufhin haben wir zum dritten Prozesstag auch eine abgespeckte Version ohne Infoveranstaltung versucht, was ein bisschen weniger Arbeit war.



Teil 4 - Der Prozess

Kafka lebt

Prozesstag

Der Prozess ist die Inszenierung von Recht. Es gibt ein festes, formales Drehbuch und dir als Angeklagtem ist erst einmal nicht viel mehr als eine Statist*innenrolle zugewiesen. Jedenfalls bist du die*der einzige Darsteller*in, die*der kein Profi ist und nicht voll bezahlt wird. Umso wichtiger ist es zu wissen, was da passiert und welche Möglichkeiten es eigentlich gibt. Zuallererst muss aber die eigene Ohnmacht überwunden werden.

Ich war schon öfters Beobachter*in oder Begleiter*in bei Prozessen, aber selbst auf der Anklagebank zu sitzen, ist nochmal was anderes – und dann noch im Kontext von G20. Letztlich war das aber alles nicht so spektakulär wie gedacht.

Der Tag begann für uns verhältnismäßig früh mit der Anreise und Vorbereitung der Kundgebung. Dort gab es dann einen kleinen Infostand, Freund*innen aus Berlin und Bekannte und Unbekannte aus Hamburg, die sich dort sammelten. Es gab etwas Musik, Gespräche, Kaffee und Frühstück. Damit haben wir schon den lebensfeindlichen Rahmen des Prozesses verändert. Auch später bei Pausen war es schön zu diesem freundlichen Ort zurückkehren zu können und selbst während des Prozesses war manchmal leise die Musik von draußen zu hören.

Von der Kundgebung ging es zum unangenehmen Teil des Tages. In Altona geht es aber wenigstens ohne Kontrollen in das Gerichtsgebäude. Erst vor dem Saal finden Kontrollen statt. Ich als Angeklagte*r wurde gar nicht durchsucht, sondern behandelt wie ein*e Anwalt*in. Das ist bestimmt nicht das übliche Prozedere. Was in Berlin auch nie passiert; es wurde gewartet, bis alle Zuschauer*innen im Saal waren. Und das dauerte immerhin 20 Minuten. Der Zuschauerraum ist einiges der wenigen Sachen auf die man einen gewissen Einfluss hat. Frühzeitig einen größeren Raum beantragen, wenn man mit vielen Leuten rechnet und natürlich Freund*innen einladen! Es kann sogar daraufhin gearbeitet werden, dass Bullen, Staatsanwäl-

te und andere Ermittler*innen aus dem Zuschauerraum verwiesen werden können. Bei Prozessen mit "feindlichem Publikum" gilt, wer zuerst kommt, kriegt die Plätze und wenn voll ist, ist voll.

Danach begann formal der Prozess. Zunächst wird die Identität der Angeklagten und der Anwälte*innen festgestellt. Die Sitzfolge festgelegt. Danach werden die Anklagen verlesen. Daraufhin erhalten die Angeklagten das Wort.

Das haben wir genutzt um unsere Prozesserkklärungen abzugeben. Das könnte man auch am Ende des Prozesses tun, aber so erhält man sich die Chance am Ende noch ein zweites Mal das Wort zu ergreifen und bspw. Ungereimtheiten im Prozess oder Entwicklungen außerhalb anzusprechen.

Danach werden die Zeuge*innen aufgerufen. Uns gelang es durch unsere Anwälte*innen auch hier noch einzuhaken und den gewöhnlichen Ablauf zu unserem Vorteil zu stören. Das wird in den Prozessberichten (s.u.) deutlich.

Für mich war der Rest nur noch warten und Zeit totschiessen. Im Saal selbst war es sehr warm und es wurde ausschließlich an schönsten Sonnentagen verhandelt mit über 30° und Sonne. Sogar die Staatsanwältin stimmte zu, die Roben auszuziehen. Von daher ist die Verhandlung selbst immer schon Teil der Strafe, egal wie das Urteil ausgeht. Niemand ersetzt einem diese entgangene Zeit. Wir saßen nach Abzug der Pausen insgesamt ca. 14 Stunden vor Gericht!

Manchen gelingt es dabei besser dabei zu bleiben und zuzuhören, der eigenen Anwalt*in zu helfen oder die Strategie mitzudenken. Aber ganz ehrlich, wenn die Bullen ihre auswendig gelernten Texte vortragen, schweift der Kopf automatisch ab. Unterbrochen wird das ganze dann eigentlich nur noch von der Mittagspause und einigen Verhandlungspausen, in denen sich die Angeklagten und die Anwalt*innen beraten, ob ein Zeuge noch weiter gequält werden soll oder ob die Widersprüche schon ausreichend sind.

Alles in allem also viel tote Zeit in einem steifen Theaterstück, das erst durch das offene Ende etwas Spannung gewinnt.

Wozu Prozesserkklärungen?

Eine Haupttechnik beim juristischen Nachspiel von Protesten ist es, Nachahmer*innen abzuschrecken und gleichzeitig die vermeintlichen und tatsächlichen Täter*innen zu isolieren, sowohl von der Gesellschaft, als auch von möglichen Unterstützer*innen. Daher werden Proteste einerseits entpolitisiert, andererseits wird oft Willkürlichkeit, Gefährdung von Menschenleben oder Gewalttätigkeit von Protesten hervorgehoben, da dies abschreckend auf eine Vielzahl von Außenstehenden ist. Nach dem G20-Gipfel hat genau dies dazu geführt, dass viele Menschen, die nicht vor Ort waren, sondern nur die Mainstream-Medien konsumiert haben, sehr abwehrend und unsolidarisch gegenüber den NoG20-Aktionen waren. Die Einschätzung bei Menschen vor Ort war eine ganz andere – es waren wertvolle und sehr inspirierende Momente des Protestes.

Auch in unserem Falle wurde unser Handeln aus dem Kontext gerissen und nur als Kriminalfall behandelt, als wären wir nach Hamburg gefahren um Mülltonnen umzuschubsen. Bis zum Beginn der Verhandlung war die komplette Wahrnehmung des Falles durch die Ermittlungsergebnisse der Bullen bestimmt. Diese sind aber – Binsenweisheit – kein neutraler Akteur, sondern haben eigene Interessen. Meist haben sie einen hohen Verurteilungswillen oder wollen von eigenen Fehlern oder Vergehen ablenken. Als Angeklagte*r ist es hingegen ratsam möglichst nichts zu sagen. Eine Ausnahme ist die Prozesserkklärung. Diese ist die einzige (legal vorgesehene) Möglichkeit im Prozess selbstbestimmt zu reden.

Prozesserkklärung wofür nicht

Sie ist sogar extra dafür vorgesehen um selbst zu den Vorwürfen Stellung zu nehmen, worunter die Richter*in und Staatsanwält*in aber eigentlich Einlassungen zu den Vorwürfen, Geständnisse, Entschuldigungen oder Ähnliches verstehen. Davon raten wir ab! (Es gibt Ausnahmen, wenn z.B. die Verantwortung für Taten übernommen werden soll, es würde aber zu weit führen an dieser Stelle genauer darauf einzugehen.) Unangemessen sind Entschuldigungen an den Staat. Wer etwas tut, sollte vorher wissen warum; und wer nichts getan hat, muss sich dafür erst recht nicht entschuldigen. Schuld und Unschuld sind staatliche Kategorien. Es ist völlig klar, dass wir uns daran nicht ausrichten können, wenn wir eine gesellschaftliche Veränderung anstreben. Gleichzeitig muss aber auch betont werden, dass für solche Aufrichtig-

keit auch ein Netzwerk bestehen muss, dass der*dem Betroffenen den Rücken stärkt.

Absolut inakzeptabel sind Aussagen, die andere belasten oder über die auf andere geschlossen werden könnte.

Prozesserklärung wofür

Wir wollen unterstreichen wofür sich die Prozesserklärung aus unserer Erfahrung am besten eignet: zur Politisierung des Prozesses.

Es gibt die Möglichkeit die Taten in den Kontext eines legitimen Protests zu setzen. Es gibt die Chance aus einer „Straftat“ wieder eine politische Tat zu machen. Wir haben unsere Erklärungen genutzt um aus drei verschiedenen Perspektiven zu beleuchten, warum wir im Juni 2017 in Hamburg waren und warum wir den Prozess für ein Theaterstück halten, in dem es nicht um Gerechtigkeit, sondern um Recht geht.

Es gäbe unzählige weitere Möglichkeiten, beispielsweise Justiz, Exekutive und Staat direkt anzugreifen oder Solidarität mit anderen Prozessen auszudrücken. Ob bei der Erklärung Rücksicht auf Folgen für eine spätere Verurteilung gelegt wird, muss jede*r Angeklagte mit ihrem*seinen Umfeld selbst entscheiden.

Die Prozesserklärung hat eine Wirkung nach innen und außen. Zum einen ist es ein Moment der Selbstbestimmung, zu erklären, warum man etwas tut. Es ist das einzige selbstbestimmte und vorbereitete Wort in einem sehr hierarchischen Rahmen, in dem andere die Regeln geschrieben haben und mit Gewalt durchsetzen. Alles ist darauf ausgelegt, über dich zu urteilen. Aber hier kannst du noch einmal den Rahmen, in dem die Vorwürfe gesehen werden, (versuchen zu) ändern. Du kannst ein Urteil fällen über die, die sich anmaßen über dich zu urteilen.

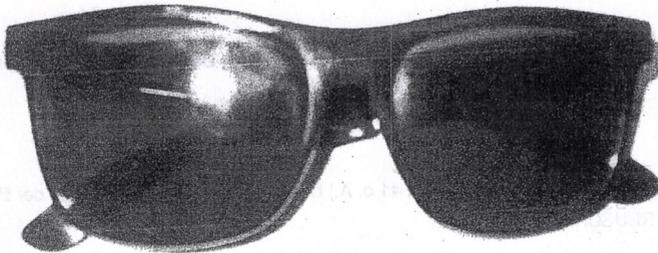
Gleichzeitig ist die Rede ein Zeichen an Freund*innen, Familie und die Soligruppe. Die Tat oder der gesamte Protest wird aus dem kriminellen Rahmen gehoben und für sich selbst legitimiert. Man steht nicht mehr wie ein Trottel dar, sondern wird Teil eines legitimen Ausdrucks von Widerstand und Protest. Die ganze Rede sollte gut vorbereitet sein und auch mit dem persönlichen Umfeld abgestimmt sein. Das hat zum einen die Wirkung, dass die Rede vor Gericht besser vorgetragen werden kann, zum anderen führt dies zu einer inhaltlichen Auseinandersetzung, und einer Vergewisserung wofür

wir selbst stehen und was wir zu tragen und öffentlich zu sagen bereit sind.

Und das ist auch wichtig für eine größere Öffentlichkeit. Dass man erklären kann, warum der Protest notwendig war und dass man das erhobenen Hauptes vertreten kann. Wenn wir der Meinung sind, dass wir gegen die Gesetze verstoßen müssen, weil diese ungerechtfertigte Privilegien schützen und stützen, dann ist es nur logisch, dass wir hin und wieder vor den Gerichten landen. Es ist also keine Schande vor Gericht zu stehen, wenngleich es auch keine Ehre oder erstrebenswerte Sache ist.

Die Prozessklärung ist also nicht die einzige, aber eine sehr wichtige Möglichkeit, der Entpolitisierung vor Gericht entgegen zu wirken. Zusätzlich kann sie zur gemeinsamen Willensbildung und zur Solidarisierung des persönlichen Umfeldes und der Öffentlichkeit beitragen. Man denke nur an die mitreißende Erklärung von Fabio, die ihm sicherlich viel Sympathie und Unterstützung eingebracht hat, aber auch als Manifest für sich allein steht.

Zu guter Letzt kann sich eine Soligruppe überlegen, wie die Erklärungen veröffentlicht werden sollen – nur im Gericht, auf einem eigenen Blog, bei einer Anti-Repressionsgruppe (z.B. Anarchist Black Cross, United We Stand, Rote Hilfe), bei Indymedia, bei lokalen oder überregionalen Medien, mit einer Pressemitteilung, im freien Radio, in einer eigenen Infoveranstaltung oder alles zusammen? Vielleicht macht ihr ja auch eine Broschüre...



08/07/2017

Prozesserklärung 1 – Es ist immer ein Angriff auf Einzelne, aber gemeint sind wir Alle.

Am Anfang möchten wir uns solidarisch erklären, mit allen Gefangenen und von Repression Betroffenen der G20 Proteste. Es ist immer ein Angriff auf Einzelne, aber gemeint sind wir Alle.

Wenn ich ein Mal gefragt werde, wo ich gewesen bin, und was ich getan habe, als hundertausende Menschen durch Krieg, Vertreibung und Hunger zu Flüchtlingen wurden und versuchten Schutz und Zuflucht in Europa zu suchen, werde ich nicht sagen, ich hätte nichts gewusst. Ich habe es gesehen und ich war dabei. Wie die Menschen Anfang 2015 aus dem Bürgerkriegsland Syrien über die Balkanroute nach Europa kamen und Frauen, Kinder und Männer wie Vieh in landwirtschaftlichen Anlage eingepfercht und festgehalten wurden. Ich war damals in Serbien und in Slowenien und habe für die Menschen gekocht und Essen verteilt. Ich habe gesehen wie tausende Menschen im kalten Herbst ohne ausreichende Anzahl an Zelten in goldene Rettungsfolien eingewickelt, von Hamburger Gittern umzäunt, festgehalten wurden, unter ihnen dutzende junge Mütter mit Kleinkindern, bei unzureichender Medizinischer Versorgung und Milch für die Kleinen. Ich habe gesehen, wie die Menschen in Lagern alles Mögliche in Lagerfeuern verbrannten, um etwas Wärme zu erzeugen, während sie im nassen Schlamm hockten, neben Kot und Urin, aufgrund fehlender sanitärer Anlagen. Ich habe auch miterlebt, wie mit allen Mitteln versucht wurde, die humanitäre Hilfe zu behindern und zu verhindern. Wie durch das Weglassen von sanitären Anlagen, ausreichend Mülleimern und Heizmaterialien wurde ganz bewusst das Bild von dreckigen, Müll produzierenden, alles verbrennenden, unzivilisierten Flüchtlingen forciert und produziert.

Ich war 2015 auch in Heidenau, als die Polizei nicht im Stande oder gewillt war progromähnliche Angriffe auf ein Flüchtlingsheim zu verhindern. Am nächsten Tag, zu antifaschistischen Demonstration, waren sie dann aber zahlreich anwesend und hatten kein Problem den Schlagstock zu benutzen. Das Nichtkommensehen und Nichtverhindern von rechten Übergriffen und Straftaten auf Geflüchtete passiert der Polizei noch tausend Mal allein im Jahr 2015. Ausserdem sind die folgenden Ermittlungserfolge zu rechter Gewalt

im Bezug auf Flüchtlingsheime lächerlich. Man beschäftigt lieber einige dieser Gewalttäter im Staatsschutz als V-Männer oder kennt sich noch aus Gladio oder Stay-behind-Strukturen.

Nachdem viele Staaten ihre versprochenen humanitären Hilfszahlungen an die UN nicht nachgekommen sind, wurden 2014 die UN-Hilfeleistungen für die Flüchtlingslager in den Grenzstaaten von Syrien stark gekürzt und teilweise eingestellt. Ein Großteil der geflüchteten Menschen harrte bis dahin in den UN Lagern aus. In der Hoffnung eines baldigen Ende des Bürgerkrieges und der Möglichkeit in ihre Heimat zurückkehren zu können. Das führte 2015 dazu, dass sich Hunderttausende Menschen auf den Weg nach Europa machten. Im Zuge der Schließung der Balkanroute bezahlt daraufhin die EU den damals bereits autokratischen Staatspräsidenten Erdogan, die Grenzen zu schließen und den Flüchtlingsstrom aufzuhalten. Die EU zahlt Erdogan nicht nur für das Zurückhalten der Flüchtlinge, sie schaut ebenso motiviert weg, wie Erdogan seine Herrschaft diktatorisch festigt und vermeintlich europäische Werte mit den Füßen tritt. Während die Türkei weiterhin europäische Fördermittel erhält für vermeintliche Beitrittsbestrebungen. Doch die Festung Europa zeigt ihr wahres Gesicht nicht nur an der europäischen Ostgrenze und der nun geschlossenen Balkanroute, sondern auch an den Grenzen im Süden mit den schönen Sandstränden, an denen in den letzten Jahren hunderte tote Menschen angespült wurden. Tausende Menschen sterben mehr, unerhört und ungesehen auf hoher See im Mittelmeer. Alles Menschen – nur mit einer anderen Hautfarbe. Aber mit den gleichen Bedürfnissen nach Sicherheit, Wärme und Zukunft. Denn sie fliehen alle aus ähnlichen Gründen, sie fliehen vor Hunger, Unterdrückung, Verfolgung und Krieg. Auch am Mittelmeer bin ich gewesen und habe die Rettungsschiffe von NGOs zusammen mit anderen Freiwilligen repariert. Ich habe mit Menschen zusammen gelacht, gegessen und gearbeitet, die Menschen in Seenot gerettet haben oder aber manchmal nur noch die toten Körper aus dem Wasser bergen konnten. Die Verantwortlichen für so viel Leid und Sterben, sind nicht die vermeintlichen Schlepper, sie sind nur ein kleiner Teil dieser Maschinerie, sondern die Politiker_innen in den Regierungen und Parlamenten, die eine legale Migration und ein Recht auf Asyl, bei Verfolgung und Hunger, versuchen einzuschränken oder zu verhindern.

Die Flucht von Menschen auf Grund von Krieg ist eine humanitäre Katastrophe, die man mit Solidarität und Menschlichkeit verhindern und bekämpfen muss. Stattdessen werden die Zäune hochgezogen und die Kontrollen erhöht und selbst das zivilgesellschaftliche Engagement zur Seenotrettung kriminalisiert. Die Devise scheint zu sein: lasst sie lieber

an den Grenzen erschossen werden, oder im Mittelmeer absaufen, bevor die Menschen – Flüchtlinge an unsere Tür klopfen, weil sie Hilfe benötigen. Ich habe mir nichts vorzuwerfen und habe immer getan, was mir möglich war um gegen Ungerechtigkeit zu kämpfen.

Auf die Anklagebank gehören die Anzugträger_innen der Politik, Menschenjäger in Uniform, welche tagtäglich Ausbeutung, Unterdrückung und kapitalistische Produktions- und Verwertungslogik, gefolgt von Krieg, Zerstörung und Elend organisieren, und aufrecht erhalten.

Die Treffen dieser Kriminellen, bei denen die oben genannten Dinge geplant und organisiert werden, müssen von der Zivilgesellschaft gestört und verhindert werden. Auch wenn diese zwanzig Vertreter der reichsten Industrienationen und ihrer Entourage von 32.000 Bullen beschützt und verteidigt werden. Die 32.000 Bullen wurden von Steuergeldern bezahlt und das ausschließlich dafür, um die Teilnehmer von G20 zu schützen und somit ihr Treffen überhaupt erst möglich zu machen. Für die Hamburger Protestierenden oder lediglich Anwesenden gab es nur Entmündigung, Aushebelung der Grundrechte und Repression. Kurzum – Schläge ins Gesicht.

Im Zuge von G20 und danach wir dauernd von Rechtsstaatlichkeit und harten Strafen gesprochen, doch als ich in Hamburg zum G20 war, habe ich keine Rechtsstaatlichkeit sehen können. Ich habe einen Polizeistaat gesehen, welcher die bürgerlichen Grundrechte eingeschränkt und ausgehebelt hat. Und eine Polizei, welche willkürlich als eigene Instanz agierte, ungeachtet davon, was Gerichte als Recht betrachten, so geschehen in Entenwerder. Geschützt und abgenickt wurde dieses Vorgehen durch die Politik, die scheinbar bereit war jeden noch so großen Preis und sei es ein Menschenleben zu zahlen, um das Stelldichein der Regierungseliten zu ermöglichen.

Die Aussage von Olaf Scholz, es habe keine Polizeigewalt gegeben, ist bezeichnend dafür, wie weit es von Rechtsstaatlichkeit entfernt

ist, wenn ein Politiker, der die politische Verantwortung tragen sollte, dreist in aller Öffentlichkeit lügen kann und als Belohnung eine Beförderung nach Berlin bekommt. – Und das, nachdem er die Bürgerrechte ausgehöhlt hat und eine ganze Stadt als Geisel genommen hat, zusammen mit 32.000 Komplizen, im Interesse einer kleinen Führungselite.

Prozesserklärung 2 – Lassen Sie uns über Mülltonnen reden

Es ist schwierig zu beschreiben, welches krasse Missverhältnis besteht, zwischen dem was im Prozess – im Namen des Rechts – verhandelt wird und dem, worüber wir verhandeln sollten, um einer gerechteren Gesellschaft wirklich näher zu kommen.

Wir sind angeklagt, eine Sachbeschädigung versucht zu haben. Wegen der vermeintlichen Tat wurden wir von verkleideten, bewaffneten Männern überfallen, geschlagen, entführt und hiernach für fast zwei Tage der Freiheit beraubt. Bei dem Überfall in einer dunklen Seitenstraße in Altona sollen wir Widerstand geleistet haben.

Eine versuchte Sachbeschädigung ist ein Antragsdelikt. Die Eigentümer der Mülltonne verzichteten auf ihr Recht auf Rache, denn einen Schaden hatten sie ja nicht. Die Staatsanwaltschaft verzichtet darauf nicht, denn es gäbe ein öffentliches Interesse daran, wer verdammt nochmal eine Mülltonne in Altona habe beschädigen wollen.

Die Frage ist, welches Interesse hier vorliegen soll. Soll der oben geschilderte bewaffnete Überfall auf uns gerechtfertigt werden, oder sollen wir kriminalisiert werden, weil es an diesem Tag ein „Festival der Demokratie“ in der Stadt gab – also ein Treffen von Monarchen, Autokraten, Wahlfälschern, Putschisten und anderen Herrschaften -, gegen das wir protestierten?

Dieses Treffen nannte sich G20. Ich bin der Meinung dieser ganze Fall würde ohne diesen Kontext nicht verhandelt werden. Darum will ich verraten, warum ich an diesem Wochenende nach Hamburg gereist bin.

Es war jedenfalls nicht die Aussicht auf Fischbrötchen und Hafensrundfahrt. Für manche Beobachter*innen scheint schon skandalös zu sein, dass ich für eine Meinungsäußerung von Berlin nach Hamburg gereist bin. Während der zweitägigen Haft wurde ich von Justizbeamten immer wieder gefragt, ob ich aus Hamburg komme. Dabei ging es beim G20 nicht um die Stadt Hamburg. Es war ein antidemokratisches und autoritäres Treffen von globaler Bedeutung. Warum hätten nur Hamburger*innen dagegen protestieren sollen? Irgendwie ist all den Leuten gar nicht aufgefallen, dass Trump, Erdogan, Temer, Macron oder Putin und ihre Gefolgschaften weder aus Hamburg stammten, noch hier wohnen.

Der G20 in Hamburg war ein Treffen, über das jede*r eine Meinung hat, aber von dem heute fast niemand weiß, worüber eigentlich gesprochen wurde. Egal wen man fragt, Verwandte, Freundinnen oder Kollegen – man blickt in ahnungslose Gesichter.

Dabei trafen sich die obersten Vertreter*innen der 19 führenden Wirtschaftsnationen der Welt und der EU, sowie IWF, Weltbank, OECD, usw.

Zufälligerweise sind diese 19 Nationen die gleichen, die über die größten Armeen der Welt verfügen und unzählige Kriege führen, z.B. im Yemen, in Libyen, in Syrien oder in Mali. Es sind die Nationen, die den weltweiten Waffenhandel anführen. Die, die mit gezielten Subventionen die Agrarmärkte anderer Länder zerstören und indigene Ländereien enteignen. Die Atomkraftwerke bauen und Gentechnik durchsetzen. Die Abholzung der Regenwälder verantworten und für das Gro der Klimaerwärmung verantwortlich sind. Die derzeit die Digitalisierung der Welt vorantreiben und Formen von Überwachung betreiben, die vor Jahren noch undenkbar waren. Die Migration durch Krieg, Verarmung und Unterstützung von autokratischen Regimen erst erschaffen, und die Migrant*innen dann entrechten, um sie als billige Arbeitskräfte auszubeuten oder wahlweise wieder loszuwerden oder gleich in Wüsten, Gebirgen und auf Meeren verrecken zu lassen.

Wesentliche Probleme wie Hunger, sauberes Trinkwasser, Bekämpfung von Krankheiten, Klimaschutz oder die Abschaffung von Atomwaffen werden nicht effektiv besprochen.

Die G20 sind ein Symbol für das globale kapitalistische Wirtschaftssystem, das diese und weitere soziale und ökologische Verheerungen hervorruft.

Wer kann nach dieser Aufzählung ruhig sitzen bleiben und das einfach hinnehmen?

Auch wenn ich direkter Nutznießer dieses Systems bin, musste ich dagegen protestieren.

Dazu kommt die besondere Rolle Deutschlands. Heuchlerisch werden Werte der Aufklärung postuliert, die dann selbst nicht eingehalten werden. Während öffentlich Menschenrechte hochgehalten werden, werden Panzer in die Türkei verkauft, mit denen wissentlich kurdische Gebiete in der Türkei und völkerrechtswidrig in Syrien dem Erdboden gleich gemacht werden.

Damit das System stabil bleibt, damit Handelsrouten, Rohstofflieferungen und Migration in geordneten Bahnen verlaufen, werden fundamental-religiöse Regime, wie eben die Türkei, oder sogar eine fundamental-religiöse Monarchie wie Saudi-Arabien als hoffähig betrachtet. Völkerrechtswidrige Kriege der NATO werden akzeptiert und unterstützt. Griechenland und andere EU-Staaten werden im Euro-Raum wirtschaftlich ausgenommen und unter Privatisierungsdruck gesetzt, wie Ostdeutschland nach der Wiedervereinigung. Diese Liste würde nicht enden wollen. Über jeden weiteren Staat der G20, könnten Seiten geschrieben werden.

Aber können einzelne Wirtschafts- und Staatenlenker wirklich all diese Missstände beheben? Selbst, wenn sie ein Interesse daran hätten – Nein, natürlich nicht! Innerhalb dieser Logik gibt es keine Lösung für Krieg, Hunger, Durst und ein Leben, in dem jeder Mensch eine Chance bekommt, sich nach seinen Fähigkeiten, Vorlieben und Bedürfnissen frei und gleich zu entfalten.

Dieses globale System existiert für den materialistischen Wohlstand weniger – auch mir – auf Kosten extremer sozialer und ökologischer Verheerungen.

Der G20 war ein Symbol dafür und deswegen war es notwendig, sich eindeutig dagegen zu positionieren, wie es in vielen verschiedenen Formen geschah.

Über diese Missstände und ihre Auflösung sollten wir sprechen.

Aber wie Sie wollen: Lassen Sie uns über Mülltonnen reden.

Prozesserklärung 3 – Prozesse als Inszenierung

Über ein Jahr ist es her, dass sich die Vertreter*innen der zwanzig mächtigsten Länder dieser Erde in Hamburg getroffen haben. Wie viele andere Menschen auch habe ich diese Gelegenheit genutzt, um gegen die G20 und die Politik, für die stehen, zu protestieren. Ich möchte an dieser Stelle nicht erklären, warum ich dies getan habe, zum einen weil es von anderer Seite hier heute schon eindrucksvoll geschehen ist (Verweis Prozesserklärung Lucy), zum anderen, weil ich die Tatsache, dass es eben 20 Nationen gibt, die über die Geschicke der restlichen 174 entscheiden, als genügende Erklärung für Protest erachte. Viel mehr möchte ich einige der Entwicklungen betrachten, die ihren Ursprung in diesen Tagen der Machtdemonstration auf der einen, und des Widerstands dagegen auf der anderer Seite haben.

In der größten Öffentlichkeitsfahndung seit bestehen der BRD sucht die Polizei mit Fotos und Videos immer noch nach fast 300 tatverdächtigen Personen. Dieser massive Eingriff in die Persönlichkeitsrechte der Betroffenen, deren Vorverurteilung und Verletzung der Privatsphäre wurde von der Presse eingeleitet, die sich zu Teilen von der Berichterstattung gelöst und zur eigenen strafverfolgenden und richtenden Instanz emporgeschwungen hat.

Wir haben im Vorfeld an unsere Freund*innen die uns heute bis hierher in den Gerichtssaal begleiten Eintrittskarten ausgegeben. Wir haben dies aus mehreren Gründen getan; zum einen ist offensichtlich dieser Raum zu klein, um allen denjenigen die uns solidarisch begleiten Platz zu geben -diese Plätze sind auch nicht gedacht für Mitarbeiter*innen der ermittelnden Behörden- zum anderen weil diese Eintrittskarten verdeutlichen sollen, dass dieses wie auch andere Verfahren im Zusammenhang mit den Protesten gegen den G20 Gipfel Inszenierungen sind. So kommt es zu einem Gericht, dass den Forderungen aus der Politik entsprechend mit „aller Konsequenz und Härte“ vermeintliche Straftaten verfolgt, und sich dabei natürlich bei den im Vorfeld geschaffenen Gesetzesänderungen des Paragrafen §113 (Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) bedient. In der Vergangenheit reichte es für das Amtsgericht Altona bereits aus, wenn Angeklagte sich bei ihren meist brutalen Verhaftungen in reflexartige Schutzpositionen wie zum Beispiel die Embryonalstellung begaben, um sie dafür wegen Widerstands zu verurteilen.

Ein weiterer häufiger Anklagepunkt in den hier geführten G20 Prozessen ist Landfriedensbruch nach §125. Die Hamburger Gerichte stützen sich dabei oftmals auf die Entscheidung des Bundesgerichtshof vom 1. September 2017 (Az.: 2 StR 414/16), nach der die bloße Teilnahme in einer gewaltausübende Menge schon den Tatbestand des Landfriedensbruchs erfüllt. Beflissentlich ignoriert wird die Ausführung des Bundesgerichtshofes, dass dies jedoch nicht auf die Teilnehmer von Demonstrationen anzuwenden sei.

Die Polizei hat sich außerordentlich bemüht, schon im Vorfeld des Gipfels die Teilnehmer*innen der verschiedenen Demonstrationen und Blockadeaktionen als Störenfriede, Krawallmacher*innen und allesamt primär gewaltbereit zu diffamieren. Die Presse hat diese Einschätzungen teilweise unhinterfragt übernommen, und so dazu beigetragen das Bild einer Bedrohung aufzubauen, die es so niemals gab.

Unverhohlen gedroht hingegeben hat der Einsatzleiter der Hamburger Polizei, Harmut Dudde, dessen eigenen mittlerweile 5 Prozesse auf Grund gravierender Rechtsbrüche im Amt für ihn völlig ohne Konsequenzen blieben. Und natürlich wurde es komplett ausgepackt, das gesamte der Polizei zur Verfügung stehende Equipment und zusammen mit über 32.000 Polizist*innen kam es zum größten Polizeieinsatz seit bestehen der BRD, einem wahren Ausbruch an institutioneller Gewalt und individuellem Fehlverhalten und einer letztendlich gigantisch aufgeblasenen Simulation von Kompetenz.

Wenn Olaf Scholz unmittelbar nach dem Gipfel „hofft mit erheblichen Strafen rechnen zu müssen“ ist dies keine Selbstreflexion, sondern der Arbeitsauftrag an die Gerichte eben diese hohen Strafen auch zu verhängen. Während Polizei und Politik gemeinsam die Deutungshoheit über die Geschehnisse für sich beanspruchen, kommt den Gerichten die Rolle zu, diese Lesart mit geeigneten Urteilen zu untermauern. Doch auf welche Beweise stützen sich diese Urteile?

Als Zeug*innen fungieren hauptsächlich Polizeibeamt*innen, die teilweise kostümiert und anonymisiert auftreten, sich in den allermeisten Fällen in ihren Aussagen untereinander abgesprochen haben, teils auf Anweisung von Vorgesetzten, oder die aus Eigeninitiative betreffende, komplette Akten der SoKo „Schwarzer Block“ gesichtet haben. All dies ist vor dem Amtsgericht Altona zu Tage gekommen, und wird von den Polizeibeamt*innen offen und

anscheinend ohne moralische Bedenken geäußert. Bedenken ob der Glaubwürdigkeit dieser Zeug*innen sind noch seltener.

Was hier heute beginnt ist meiner Meinung nach ein politischer Prozess, in dessen Verlauf es nicht primär darum gehen wird, zu klären ob und von wem Straftaten begangen wurden, sondern diese vermeintlichen Straftaten zu kontextualisieren und letztendlich diesen Kontext, also den Protest, zu bestrafen. Dieser Prozess findet vor einem Gericht statt, das bisher während es politische Prozesse gegen Aktivist*innen führte, diesen gleichzeitig eine politische Motivation für ihren Protest absprach. So werden aus Demonstrant*innen „Krawalltouristen“ (Peike), junge Aktivisten als „menschenverachtend“ mit „Anlage und Erziehungsmängel(n)“ (Fabio) eingestuft, und die Anreise zu den Protesten aus dem Ausland mit einem Vorsatz zur Straftat gleichgesetzt (Riccardo). Ich glaube schon lange nicht mehr an den Rechtsstaat. Bei genauerem Hinsehen könnte man meinen, dass dies auf alle der an diesen Prozessen beteiligten Akteure zutrifft, zumindest verhalten sie sich entsprechend.



Warum Prozessberichte?

Während unserer Vorbereitungsarbeit vor dem ersten Prozesstag hatten wir uns die Berichte von anderen G20-Verfahren angeguckt. Dabei wollten wir uns einen Eindruck verschaffen, wie die Prozesse bis jetzt abgelaufen sind, welche Aussagen der Polizist*innen oder Angeklagten zu was geführt hatten, was entscheidende Momente in den Verhandlungen waren. Viele Berichte konnten uns diese Informationen nicht richtig geben, weil sie eher die Prozesse zusammengefasst hatten. Aus diesem Grund haben wir uns entschieden, unsere Prozessberichte ziemlich ausführlich und nah am Prozessablauf zu schreiben. Es ist vielleicht anstrengend zu lesen, aber solche Verhandlungen sind auch sehr anstrengend. Die Stimmung im Gericht ist leider schwer zu transkribieren, aber wir hoffen, dass euch diese Beschreibungen was bringen. Diese langen, fast ungekürzten Berichte waren leider zu lang für den Abdruck in dieser Broschüre. Ihr findet sie unter <https://g20gruppenprozess.blackblogs.org/>. Hier folgen nun zu dokumentarischen Zwecken die Zusammenfassungen der drei Prozesstage:

1. Prozesstag

Der Prozess begann sehr gut für uns. Wir hatten eine Kundgebung vor dem Gericht aufgebaut, wo wir frühstückten und Musik hören konnten. Es wurde Info-Material ausgelegt.

Im Gegensatz zu den uns bekannten Berliner Gerichten, gibt es in Hamburg-Altona keine Schleusen beim Eingang zum Gericht. Erst am Eingang zum Saal werden die Besucher*innen von Justizbeamten*innen mit Detektoren abgesucht. Die Richterin wartete stets bis alle Besucher*innen wieder im Saal waren. Das dauerte am ersten Tag 20 Minuten. An allen Prozesstagen war der Raum voll mit 36 Besucher*innen, wovon ca. 30 da waren um uns zu unterstützen.

Der eigentliche Prozess begann routinemäßig mit Personalienfeststellung und Anklageverlesung. Darauf folgten unsere Prozessklärungen. Jede*r von uns hatte eine individuelle Rede verfasst, die erklärte, warum wir eigentlich in Hamburg waren und was das Problem mit dem G20-Treffen in Hamburg und der Repression ist. Sie können nachgehört (<https://www.freie-radios.net/90905>) oder nachgelesen werden (siehe oben). Danach wurde der erste Bulenzeuge Tenoth aufgerufen.

Bevor dieser anfangen konnte, wurde die Verwertung seiner Aussage in Zweifel gezogen, da er sich seine Berichte durchgelesen hatte. Das spielte auf ein Urteil des OLG Hamburg an, nach dem Vergewaltigungsoffer keine Akteneinsicht mehr bekommen, da sich dadurch ihre Erinnerung verfälschen würden. Dem wurde nicht stattgegeben, dafür begann das nächste Geplänkel, da Streifenbullen bewaffnet und in Uniform im Saal saßen.

Schließlich wurden die Streifenbullen des Saales verwiesen, da sich Zuschauer*innen von ihnen und ihren Dienstwaffen bedroht fühlten. Allerdings behauptete die Richterin, die Bullen seien vor Ort gewesen, da sie diese zur Unterstützung angefordert hatte. Dies stellte sich später als Lüge heraus. Vielleicht war es die Aufdeckung dieser Lüge der Richterin, dass der Prozess zu unseren Gunsten lief. Aber dazu später mehr.

Gut zwei Stunden nach Prozessbeginn konnte nun Bullenzeuge Tenoth beginnen und spann erstmal wild drauf los und erzählte die Legende von der Kreuzung Max-Brauer-Allee, die fest in der Hand verummter „Chaoten“ gewesen sei. Steinplatten wurden zerschlagen und ganze vorbeifahrende Bullenkonvois mit Steinen angegriffen. Es gab Männer mit Hämmern und vieles mehr. Zur Unterstreichung befördert er während seiner Aussage ein Stück einer Gehwegplatte auf den Tisch, das ein Kollege einen Tag später (!) am Tatort aufgesammelt haben will. Der Stein befand sich nicht bei den Asservaten, sondern diente dem PK21 als Erinnerungsstück auf der Wache, oder eben als Theaterrequisite, wie in unserem Fall. Aber irgendwann wurde dann doch klar, dass das gar nichts mit unserer Anklage zu tun hatte. Zeitlich später will er die drei Angeklagten von dieser Zusammenrottung weggehen gesehen haben. Er erzählte viel wer wie groß sei, wer wo Wache gestanden hätte und wer in Mülltonnen gekrabbelt sei, um sie anzuzünden. Es ging sehr viel um Mülltonnen. Wir erfuhren, wen er wie oft geschlagen hat und dass er sich mit dem Fahrrad gepackt hat.

Abgesehen davon war ganz interessant, was er zur Gestaltung seines Funkkontakts mit den anderen Cops ausplauderte. Er benutzt keine Codes und sagt seiner Aussage nach einfache Sätze wie „5 Störer Ecke Max Brauer Allee“. Dabei sei es kein Problem 3-4 m entfernt zu stehen, und wenn Leute ihn auf dem Schirm hätten, müsse er sich Legenden einfallen lassen. Ansonsten wird Funkkontakt getarnt, in dem z.B. so getan wird, als ob dem Kollegen etwas ins Ohr

geflüstert wird. Die Zivten waren zu zweit und mit Fahrrädern unterwegs, die sie zusammen abschlossen und sie hatten größere Pfefferspray-Flaschen in ihren Rucksäcken.

2. Prozesstag

Wieder gab es eine Kundgebung mit Frühstück und Infomaterial und somit einen Ort um sich vor Verfahrensbeginn zu treffen. Zuerst wurde der erste zivile Zeuge verhört, ein Anwohner aus dessen Wohnhaus eine Mülltonne versucht wurde anzuzünden. Er erstattete keine Anzeige, da die Mülltonne nicht kaputt gewesen sei, sondern nur minimale Ruß- und Schmelzspuren aufwies. Außerdem stellte sich heraus, dass in jener Nacht zwei Mal Gruppen versucht haben Mülltonnen in dieser Nachbarschaft anzuzünden. Nachdem der Zeuge fast fertig ausgesagt hatte und nicht so ganz klar war, ob er jetzt etwas Relevantes gesehen hatte oder nicht, wurde ein Zivibulle enttarnt, der als Zuschauer im Gerichtssaal saß. Der Zivibulle behauptete zuerst als Privatperson da zu sein. Als er in den Zeugenstand gerufen werden sollte, fiel ihm aber doch ein, dass ihn sein Vorgesetzter geschickt hatte. Der Zivibulle war Cordes, der stellvertretende Dienststellenleiter des PK21, dem Abschnitt von dem auch die aussagenden Bullen kamen. Ab diesem Punkt war der geplante Prozessablauf über den Haufen geworfen und den Rest des Tages wurde Cordes von unseren Anwält*innen, aber auch der Staatsanwältin und der Richterin in die Mangel genommen. Nachdem er eine Aussagegenehmigung von seinem Chef bekommen hatte, begann er eine Märchengeschichte zu erzählen, dass er zu Fürsorgezwecken im Gerichtssaal sei. Diese Fürsorge für die aussagenden Bullen sei bei belastenden Prozessen und vor allem Kapitalverbrechen üblich. Darauf hingewiesen, dass es bei uns um versuchte Sachbeschädigung ging, behauptete er einfach, die Befragung von Bulle Tenoth am ersten Tag sei so belastend gewesen, dass dies eben notwendig sei. (Ein klares Lob an unsere Anwält*innen.) Kurz darauf gab er dann doch zu, dass schon die zwei Streifenbulen am ersten Prozesstag vom PK21 entsendet wurden und das nicht von der Richterin angefragt wurde, woraufhin diese etwas blamiert dreinschaute. Es folgte eine intensive Befragung über die internen Vorgänge im PK21 und der Versuch durch unsere Anwält*innen aufzuzeigen, dass die Bullen probierten Einfluss auf den Prozess zu nehmen und Aussagen abzustimmen. Die Staatsanwältin sah das natürlich nicht so, musste aber einräumen, die Sache habe „Geschmäckle“.

Zum Schluss wurde der Bulle Cordes von der sichtbar genervten Staatsanwältin darauf hingewiesen, dass er seinem Chef heute keinen Bericht geben dürfe, da dieser am nächsten Prozesstag als Zeuge geladen werde, und die ganze Affäre insgesamt sehr ungünstig sei. Sie sagte: „Die Polizei sollte sich aus solchen Sachen raushalten.“

3. Prozesstag

Vor dem Gericht gab es wieder unsere Kundgebung.

Zu Beginn des dritten Prozesstages wurden uns Prozessbeihilfen genehmigt. Das heißt, unsere Anwaltskosten werden vom Staat übernommen, da der Prozess durch die Bullen unnötig verkompliziert wurde.

Dann war der Dienststellenleiter vom PK21 Herr Niebeling an der Reihe. Er wurde vor allem zu seiner Politik Polizeibeamte in den Gerichtssaal zu entsenden, befragt. Er legte einen betont arroganten Auftritt hin und wand sich, wie zu erwarten, aus den wichtigen Fragen heraus. Das einzig wirklich Interessante, das der Bulle Niebeling an diesem Tag sagte, war, dass es völlig normal sei, bei G20-Prozessen Polizeibeamte mit in den Gerichtssaal zu schicken. Natürlich ausschließlich zu „Fürsorgezwecken“. Das löste bei der Staatsanwältin Kopfschütteln aus und sie begann hektisch in ihrem Werk der Strafprozessordnung zu wühlen.

Nachdem es nun fast zwei ganze Prozesstage lang fast ausschließlich um die internen Abläufe im PK21 gegangen war und ihre Praxis Prozessbeobachter*innen zu schicken und wie diese womöglich und tatsächlich Einfluss auf die anderen Bullenzeugen nehmen, sagte noch der Bulle Rolfes aus. Der Bulle konnte allerdings nichts Neues berichten. Einzig seine Aussage: „Wenn wir zuschlagen können, machen wir das auch!“, sollte uns im Gedächtnis bleiben.

Der Deal

Ja, ein Urteil wurde über uns gar nicht gefällt. Es gab einen Deal. Schon am zweiten Verhandlungstag wurde die Staatsanwältin von unseren Anwalt*innen gefragt, ob nicht eine Einstellung möglich wäre. Während des dritten Prozesstags wurde die Anfrage wiederholt. Darauf ging die Staatsanwältin ein, indem sie einen Deal anbot, also eine Einstellung des Verfahrens und des Prozesses gegen Zuge-

ständnisse von uns.

Am Ende haben wir der Staatsanwältin schriftlich über unsere Anwält*innen folgende zwei Sätze zukommen lassen: „Wir haben gemeinschaftlich versucht zwei Mülltonnen zu beschädigen. Wir stehen dem Vorwurf des Widerstandes gegen Vollstreckungsbeamte nicht entgegen“.

Dies waren exakt die Sätze, die die Staatsanwältin in passiver Form vorformuliert hatte. Im Gegenzug wurde das Verfahren vorläufig eingestellt. Nach einer Strafzahlung an die Staatskasse von 600€ + 600€ + 300€ (also 1500€) wurde das Verfahren auf Kosten der Staatskasse endgültig eingestellt. Das heißt unsere Anwält*innen sowie die Prozesskosten wurden durch den Staat gezahlt. Unsere Kosten waren also letztlich nur die Strafzahlung sowie An- und Abreise, Übernachtungskosten, Druckkosten, Verpflegung und Materialkosten für die Kundgebungen.

Das war es rein juristisch und finanziell.

Es war nach unserem damaligen Wissensstand der erste eingestellte Prozess im Zusammenhang mit den Prozessen nach dem G20-Gipfel. Wir sind uns bewusst, dass es nicht per se gut ist, Deals mit dem Staat zu machen und wollen unseren Prozess auch nicht als Werbung dafür verstanden wissen. Deswegen wollen wir an dieser Stelle schreiben, was uns dazu bewogen hat, ihn trotzdem einzugehen. Was sprach dafür und was dagegen?

Mittlerweile verbreitet die Pressestelle des Hamburger Oberlandesgerichts die Zahlen über 100 Urteile mit 8 Freisprüchen und 9 Einstellungen. Dabei wird aber nicht gesagt, ob Prozesse gegen Bullen mitzählen.

<https://www.abendblatt.de/hamburg/q20/article215980115/Hamburger-Polizei-weitere-G20-Oeffentlichkeits-fahndung.html>

Entscheidungsfindung

Da wir nicht alleine den Prozess bestritten haben, wollten wir die Entscheidung auch nicht alleine fällen. Vor der Annahme des Deals haben wir Rücksprache mit unserer Soligruppe und einigen Freund*innen gehalten und die Meinung der Anwält*innen eingeholt.

Dafür

Dafür sprach, dass es vorbei ist und wir nicht mehr nach Hamburg

mussten. Die Kiste ist komplett zu. Es gibt keine Revision und keine Erweiterung, Wiederaufnahme oder sonstiges.

Wir mussten kein Reue zeigen und uns von nichts distanzieren. Wir wurden nicht verurteilt, obwohl wir erklärt haben, wir hätten die Taten begangen. Es ist im Nachhinein billig zu sagen, aber wir hätten nicht jeden Deal angenommen. Keine Ahnung wie unsere Gruppe funktioniert hätte, wenn es um viel härtere Strafen gegangen wäre, weil der psychische Druck ein ganz anderer wäre. Wir können hier nur unsere eigenen Erfahrungen weitergeben.

Die Initiative ging von Seiten unserer Anwält*innen aus, aber im Gefühl der Stärke. Es lag an unserer konflikthafter Prozessführung und der peinlichen Show der Bullen, dass wir diesen Deal erreicht haben. Wahrscheinlich lag es sogar an unserem Druck, dass die Bullen überhaupt Fehler gemacht haben. Wichtig war, dass wir ihre Anwesenheit von Anfang an skandalisiert haben. Dass unsere Anwält*innen es nicht als normal hingenommen haben. Dass wir Berichte geschrieben haben und Presse dazugeholt haben. Es war der Staatsanwältin sichtbar peinlich jeden Prozesstag Bullen aus dem Saal schmeißen zu müssen. Aber wir wissen nicht, wie lange dieser Eindruck gehalten hätte und ob nicht Richtung Ende des Prozesses die Spannung abgefallen wäre.

Am Ende entscheidend war sicherlich auch der Fakt nicht zur DNA Entnahme gezwungen werden zu können. Wie es in vielen uns bekannten G20-Verfahren gelaufen ist und die frisch Verurteilten, direkt nach Verfahrensende zur Entnahme mitgenommen wurden. Wir empfinden diese Praxis als einen unglaublich repressiven Schritt dieses Staates im Nachgang des G20. Dieser reiht sich in eine Folge von seit G20 häufiger angewandten Techniken, die allesamt gegen Persönlichkeitsrechte von nach geltendem Rechtsverständnis eigentlich unschuldigen Personen verstoßen. Wir verurteilen dies zutiefst und freuen uns gleichzeitig gerade nochmal drumrum gekommen zu sein.

Dazu kommt, dass wir aus Gründen in Hamburg waren und das nun auch hinterher nicht bestreiten müssen. Wir haben uns an den Protesten gegen die G20 an diesem Freitag beteiligt und müssen das hinterher nicht leugnen, denn der Protest war notwendig und verfolgt werden können wir dafür nicht mehr. Wir haben schon während des Verfahrens und in den Texten, die wir veröffentlicht haben, nie versucht, uns in Unschuld zu waschen. Wir brauchen

uns nicht vor einem Staat zu rechtfertigen, der hilft, dass Menschen im Mittelmeer ertrinken, Waffen in Kriegsgebiete geliefert werden, Menschen ohne Obdach sind oder der Nazistrukturen gleich direkt finanziert und deckt. Um nur wenige Beispiele zu nennen.

Dagegen

Wir wissen auch was wirklich vorgefallen ist, an diesem Freitag als wir von den Zivis vom PK21 verhaftet wurden. Wie einer von uns gejagt und verprügelt wurde und dann von zwei Ziften in den Kofferraum eines kleinen PKW verpackt wurde und sich der eine Bulle drauf setzte. Und wir wissen auch aus den Bullenakten wie er natürlich zunächst wegen Widerstand gegen die zwei Bullen angezeigt werden sollte. Was wir auch wissen, und was Bullen und Staatsanwältin vertuschen wollten, ist, dass sich daraufhin eine Anwohnerin als Zeugin meldete und eine Entführung anzeigen wollte, weil sie sich einfach nicht sicher war, wer hier wen verprügelt und in den Kofferraum geworfen hat. Und, bumms, wird in der Anzeige nix mehr von Widerstand der einen Angeklagten geschrieben, und auf Nachfrage einer Anwältin im Gericht, was mit betreffender Zeugin sei, antwortet die Staatsanwältin unverblümt, dass das ja nicht mehr Teil des Prozesses sei. So kann man sich seine Rechtsstaatlichkeit auch zurecht lügen. Diese Widersprüche wären sicherlich interessant gewesen weiter aufzuklären, aber wäre es wirklich möglich gewesen? Und was hätte es geändert? Wird sich eine Staatsanwältin oder eine Richterin ändern, weil man ihnen ihre Doppelmoral vorhält? Und ändert das etwas an der Auffassung dieser Gesellschaft von Recht und Gerechtigkeit?

Fazit

Wir sehen, es sprachen für uns mehr und vor allem die besseren Gründe für das Eingehen des Deals. Wir glauben, wir haben das Bestmögliche erreicht, was für uns vor diesem Gericht möglich war. Wir haben keine Verurteilung. Wir haben keine Reue gezeigt, niemand anderen belastet oder uns von unseren Taten distanziert. Wir konnten zeigen, warum wir getan haben, was wir taten und sind erhobenen Hauptes aus der Sache heraus gegangen.

Vielleicht wäre auch ein Freispruch möglich gewesen, doch ein möglicher Freispruch hätte zunächst drei weitere Verhandlungstage bedeutet und zudem auch noch sehr wahrscheinlich eine Revision

nach sich gezogen. Das wäre sehr aufwendig und zudem auch noch teuer und hätte das Risiko doch mit einer Strafe zu enden. Politisch hätten wir aber kaum mehr sagen können, als wir schon gesagt hatten. Und dann stellt sich die Frage: wozu? Selbstverständlich haben wir nicht die ganze Bäckerei bekommen und noch nicht einmal das Rezept. Aber das war auch nicht zu erwarten. Wir waren Teil eines politischen Prozesses, bei dem vor allem die Polizei mit extrem hohem Verurteilungswillen aufgetreten ist. Das Spielfeld und die Spielregeln vor Gericht sind rundweg vom Staat gemacht. Es ist aus unserer Sicht wichtig unsere Kraft und Energie in den Gerichtssaal zu stecken, um Menschen nicht alleine zu lassen mit der allmächtig wirkenden Justizbürokratie und unseren Leuten die Kraft zu geben, zu ihrer Meinung zu stehen und nicht zu zerbrechen. Es ist aber ab einem Punkt auch notwendig zu reflektieren, dass sie dann an anderen Ecken fehlt. Wir hatten Bock wieder andere Kämpfe zu führen, wo wir glauben mehr erreichen zu können, als vor den Gerichten Hamburgs.

Das Zustandekommen des Deals ist vor allem der Verdienst der unglaublich dreisten, allerdings auch unglaublich dummen Bullen vom PK21 und dass wir dieses Verhalten skandalisieren konnten. Einerseits durch unsere Anwäl*innen, die gut vorbereitet waren und gut reagiert haben, als auch durch etwas Pressearbeit und eigene Veröffentlichungen.

Wie die Bullen mit völliger Unverfrorenheit von Fürsorgearbeit für ihre Kollegen sprechen. Vor Gericht sagt der stellvertretene Dienststellenleiter, nachdem er von Zuschauer*innen enttarnt wurde, privat im Gerichtssaal zu sitzen um im Rahmen der „Krisenintervention“ seinem Kollegen emotional aushelfen zu wollen. Die versuchte Einflußnahme auf Gerichtsprozesse durch die Bullen ist wahrscheinlich auch außerhalb von G20-Verfahren an der Tagesordnung, sie zeigt sich in unserem Fall allerdings in ihrem vollen

Ausmaß. Berichte, die gemeinsam geschrieben wurden, Vorgesetzte die nach dem Prozess sich mit den aussagenden Bullen abstimmen, womöglich um die nächsten Zeugen vorzubereiten. Das alles hat es in diesem Fall gegeben, aber es scheint auch fast niemanden mehr zu wundern.

Einzig die taz lässt sich zu kurzen Artikeln hinreißen, aber es scheint zu sehr Normalität an den Gerichten zu sein, um wirklich zu erschrecken.

<http://www.taz.de/!5546941/>

<https://www.taz.de/Archiv-Suche/!5540306&S=Zivi/>

Wie dem auch immer sei, ihr unbedingter Verurteilungswillen ist der Hamburger Polizei nun auf die Füße gefallen. Und nach dem dritten Prozesstag haben wir den Deal vorgeschlagen und bekommen. Die Frau Staatsanwältin konnte das Gelüge der Bullenkollegen wohl auch nicht mehr ertragen.

Und weshalb das Ganze? Wegen dem Versuch Mülltonnen anzuzünden?!



Teil 5 – Reflektion

Ich bereue nichts!

Sind die Befürchtungen wahr geworden?

Schwer zu sagen. Wer erinnert sich schon so genau, was er*sie vor einem Jahr gedacht oder befürchtet hat. Sicherlich hatten wir Angst vor willkürlichen Urteilen, wie sie z.B. vom Rechtsbeuger Krieten im Fall von Peike gefällt wurden. Das ist in unserem Fall nicht passiert, dank der guten Arbeit unserer Soligruppe und unserer Anwält*innen, durch die unendliche Dummheit der Hamburger Bullen und durch die glückliche Fügung eine liberale Staatsanwältin und Richterin erwischt zu haben.

Schön ist auf jeden Fall zu spüren, dass Leitsätze, die jahrelang mantraartig verinnerlicht werden, am Ende auch eingehalten werden und helfen: Anna und Arthur halten das Maul! Dass dieser Leitsatz eingehalten wurde und keine Ladungen befolgt wurden, war die Grundbedingung für jede weitere Zusammenarbeit von uns als Gruppe.

Es gab die ganze Zeit den Drang, die Ungereimtheiten in unserem Falle zu beleuchten oder gerade zu rücken. Gleichzeitig war aber immer klar, dass es nicht um Gerechtigkeit oder Wahrheitsfindung geht in Gerichtsprozessen – und schon gar nicht in unserem. Es konkurrierten also Wünsche nach möglichst geringem Strafmaß auf der einen Seite mit Wünschen nach politischer Auseinandersetzung mit den G20 und der Justiz auf der anderen Seite.

Eine Diskussion, die öfter geführt wurde, waren vermeintliche Erwartungen, die eine Szene-Öffentlichkeit an uns hätte. Es gab den Eindruck, es gäbe eine Art Kodex, dass man mit wehenden Fahnen unterzugehen hätte. Es gab das Gefühl, dass wir oder jede*r einzelne in eine sehr anonyme Maschinerie geraten würde, zwischen dem rachsüchtigen Staat auf der einen Seite und der unnachgiebigen antiautoritären Linken auf der anderen Seite. Deswegen war es wichtig, klar zu machen, dass wir Menschen sind, die mit eigenen Beweggründen zum G20 gefahren sind und aus jeweils persönlichen Motiven und den eigenen persönlichen Aktionsformen gegen die Welt der G20 protestiert haben. Es war wichtig klar zu machen, dass wir unsere Entscheidungen selbst treffen und nur gegenüber uns

und unseren Unterstützer*innen zu rechtfertigen haben.

Es gab auch den naheliegenden Wunsch, allen Staatsdienern ins Gesicht zu brüllen, dass sie elende Drecksschweine sind. Wir haben das nicht getan. Wir haben stattdessen vor Richterin und Staatsanwältin Reden gehalten, warum wir in Hamburg waren und warum wir das Verfahren für ein politisches Verfahren halten, warum es lächerlich ist über Mülltonnen zu reden, während nebenan mit Waffen gedealt wird und dass ganz andere Leute auf die Anklagebank gehören. Klar heißt das, die Gewaltverhältnisse und die Regeln des Justizsystems zu befolgen, aber trotzdem war es für uns die bessere Entscheidung.

Es war im Vorhinein nicht klar, dass die Soligruppe funktionieren würde. Es war nicht klar, dass wir dauerhaft die Interessen der drei Angeklagten unter einen Hut bringen können. Es war nicht klar, dass von allen Leuten, die wir anfangs gefragt haben, auch tatsächlich bis zum Ende noch Leute die Energie haben mitzuziehen und uns zu unterstützen. Das ist keine Selbstverständlichkeit und deswegen sind wir auch sehr dankbar dafür.

Am Ende sind wir mit einem blauen Auge davon gekommen. Wir haben viel Erfahrung und gute Freund*innen dazu gewonnen. Es ist schön, dass dieses Kapitel in Hamburg abgeschlossen ist.

Wie war's für die Soligruppe?

Der Findungsprozess hat viel Zeit in Anspruch genommen, weil viele in der Soligruppe noch keine Erfahrung mitgebracht haben. Auch die drei Angeklagten brachten nicht viel Erfahrung mit und konnten oft nicht gut Bedürfnisse und Wünsche an die Soligruppe formulieren.

Bei den ersten Treffen war es immer wieder nicht leicht, auf einen gemeinsamen Nenner zu kommen, da die Ausgangslagen der drei Angeklagten und Gruppen sehr unterschiedlich waren. Die lange Anlaufphase hat Zeit gegeben, dass sich die Beteiligten der drei Gruppen gegenseitig kennen lernen konnten und sich Vertrauen bilden konnte. Organisatorisch war es nicht einfach, weil es keine Struktur für die Kommunikation gab. Das führte dazu, dass Leute, die mal nicht zu einem Treffen kamen, nicht so leicht wieder rein finden konnten.

Kommunikation & Strukturen

Regelmäßige Treffen haben sich sinnvoll angefühlt, weil dann nicht kurzfristig hin und her geschoben wird und die Termine langfristig klar sind und freigehalten werden können. Einen Termin zu verpassen, ist dann nicht so tragisch, wenn der nächste Termin schon klar ist. Außerdem gab es eine Crabgrass-Gruppe (ein Internetforum), in der die nächsten Termine eingetragen und Protokolle abgelegt wurden. Dort konnte auch gemeinsam an Texten gearbeitet und über Themen diskutiert werden. Das ist aber bei uns wenig passiert. Auch weil für einige das Medium eine zu große Hürde war.

Die Organisation der Fahrten nach Hamburg war zunächst sehr mühsam, weil es wenig Überblick gab und unklare Zuständigkeiten. Nervig waren kurzfristige Absagen oder ewiges Herumeiern von Mitfahrer*innen, statt fester Zusagen. Dadurch fühlte sich die Arbeit nicht besonders wirkungsvoll an. Gerade beim Organisatorischen ist es sinnvoll, wenn Zuständigkeiten geklärt werden und sich nicht alle um alles kümmern (müssen). Bedarf: Fahrtorga (wie viele Autoplätzte gibt es/braucht es, wieviele Schlafplätze, woher kommt die Fahrtkohle, was ist mit Essen? Eine Küfa ist sinnvoll für die Veranstaltungen).

Es kam auch immer wieder die Frage danach, in welchem Verhältnis stehen Aufwand und Wirkung? Super sinnvoll sind Checklisten für die verschiedenen Orgapunkte, z.B. für Kundgebung, gemeinsame Fahrt und Unterbringung/Versorgung, Info-Veranstaltungen. Das macht es sehr viel übersichtlicher und einfacher.

Warum sind Leute von der Unterstützungsgruppe abgesprungen?

Dazu gab's unterschiedliche Gründe: chaotischer Start, unklare Strukturen, unterschiedliche Interessen (inhaltliche Auseinandersetzung vs. organisatorische Unterstützung), aber nach Etablierung der Treffens- und Kommunikationsstrukturen haben wir nicht viele Leute verloren. Der Überblick darüber, wer wirklich dabei ist, wurde aber erst vor dem dritten Prozesstermin gewonnen.

Veranstaltungen

Die Veranstaltungen in Hamburg waren schlecht besucht. Dazu haben wir mehrere offene Fragen. Was braucht es, um mehr Interesse zu wecken? Lag es an uns oder gibt es eben nur bei Betroffenen Interesse für Antirep? Dennoch war der Abend, an dem die drei

Betroffenen ihre Prozesserkklärungen vorgetragen haben super sinnvoll. Zum einen für die Findung als Gruppe, zum anderen für die drei, um noch einmal Feedback zu ihren Texten und dem Vortrag zu bekommen, bevor sie damit im Gericht auftauchen.

Mega cool war es, dass der Gerichtssaal jedes Mal fast voll war. Das stärkte sehr den Rücken und war gut für die Stimmung.

Öffentlichkeitsarbeit

Es gab einen Blog (g20gruppenprozess.blackblogs.org), auf dem Termine und Texte veröffentlicht wurden. Es ist für uns unklar, wer den gelesen hat. Aus taktischen Gründen wollten wir die Prozessberichte nicht direkt hochladen, damit die Bullen nicht reingucken können, was andere Zeugen gesagt haben. Dadurch war der Blog während der Prozessphase eher informationsarm.

Wir hatten auch Flyer mit allen Prozess- und Veranstaltungs-Terminen und einem kurzen Einführungstext. Um sowas zu machen, müssen früh genug alle Termine fest sein. Daran sind wir teilweise gescheitert.

Checkliste: Wer schreibt den Text? Wer layoutet? Wer druckt? Wer verteilt? Wo können die Flyer ausgelegt werden? Welche Personen und Orte (z.B. Info- und Buchläden) vor Ort können weiterverteilen? (Besonders wichtig, wenn der Prozess nicht am eigenen Wohnort stattfindet.) Welche anderen Kanäle für Werbung können genutzt werden? Terminblogs wie Stressfaktor oder Bewegungsmelder, andere politische Blogs, Mailinglisten, Radio, Mailorder ...

Die Kundgebung vor dem Gericht fühlte sich sinnvoll an. Als Info nach außen und Sichtbarmachung dessen, was im Gericht passiert, aber auch als emotionales Auffangen während des Prozesses – Pausen draußen bei Kaffee und Kuchen tut gut!

Kohle

Es gab sowohl Orte, die von sich aus Töpfe aufgestellt haben, und Orte, die auf Anfrage gesammelt haben. Auch mit Extragetränken. Dadurch war es kohlemäßig total entspannt, weil immer genug da war.

Inhaltliche Arbeit

Am Anfang hatten wir viele Diskussion um folgende Punkte: Politischer Prozess ja oder nein? Welche Zielsetzung gibt es für den Prozess?

Bei der Entscheidung, ob und wie der Deal angenommen wird, haben die drei Angeklagten die Soligruppe in die Entscheidung mit einbezogen. Das fühlte sich total gut an, uns darin als große Gruppe auszutauschen, gegenseitig zu unterstützen und zu einer gemeinsamen fundierten Entscheidung zu kommen.

Ein paar Checklisten gibt's jetzt hier, viele weitere können sinnvoll sein. Wenn eine Person eine Aufgabe übernimmt, kann die Gruppe gut bei einer kurzen Checkliste helfen, die dann für die Person als Leitfaden dienen kann.

Weitere Lektüre zur Soliarbeit:

Wege durch die Wüste - Antirepres-
sionshandbuch

Hrsg.: Autorinnenkollektiv

Verlag: Edition Assemblage, Oktober 2016

256 Seiten, 9,80€

ISBN: 978-3-942885-81-2

Nachdem wir jetzt so viele Erfahrungen gemacht haben, wollen wir eben mit diesem Heft etwas davon weitergeben. Besonders schön war es, am Ende zu merken, wie gut die Gruppe zusammengewachsen ist, wieviel Vertrauen gewachsen ist, wie die Gruppe auch als emotionaler Beistand sinnvoll war.

Einordnung des Verfahrens in die Repression nach G20

Der G20-Gipfel war kaum vorüber, einige besonders ordnungsliebende Bürger_innen hatten die Besen noch nicht aus der Hand gelegt, da ging es bereits los. Es schallte unisono aus den Mündern der Verantwortlichen aus Politik, Polizeiapparat und der bürgerlichen Presse, der Ruf nach harten Strafen. Harte Strafen für diejenigen, die es geschafft hatten Bilder des Widerstands gegen das Treffen der G20 um die Welt zu schicken. Obwohl es ausgepackt worden war, das gesamte Equipment, das der deutschen Polizei zur Verfügung steht, zusammen mit 32.000 Polizist_innen.

Die Gerichte sollten nun die geforderten hohen Strafen verhängen. Dabei wurde mit Hamburg sicherlich nicht der schlechteste Ort gefunden, und Gerichten in denen noch der Einfluss eines gewissen Ronald Schill spürbar sind.

Der Hardliner

Richter Krieten zeigte dann im ersten G20-Verfahren, an was sich seiner Meinung zu orientieren sei. Im ersten Prozess wurde Peike

zu 2 Jahren und 7 Monaten wegen vermeintlicher Flaschenwürfe im Rahmen der „Welcome to Hell“- Demo verurteilt. Der zum angeblichen Tatzeitpunkt 19 jährige hatte keine Vorstrafen und die Beweislage war sehr dünn und fußte vor allem auf zwei Bullenzeugen.

Unter den von Repression Betroffenen hatte dies die von der politisch motivierten Justiz erhofften Auswirkungen. Unter dem Druck von unbedingtem Verurteilungswillen, langer Untersuchungshaft und dem angedrohten hohen Strafmaß wuchs die Angst vor langen Haftstrafen. Die Rote Hilfe und auch United We Stand- Gruppen merkten mehrmals an, dass sich ein besorgniserregender Trend vor Gericht zeige. Häufige Einlassungen, Reuebekundungen und Geständnisse in G20-Verfahren waren das Resultat des politischen Drucks der Gerichte. Dabei schien der positive Verlauf eines Verfahrens nicht mit Einlassungen zusammenzuhängen, doch die Gerichte suggerierten diesen Zusammenhang.

Das politische Verfahren – Mythos und Realität

In diesem Klima starteten wir auch unsere Soligruppe. Uns war es von Anfang an wichtig das Verfahren politisch zu gestalten. Leichter gesagt als getan, was macht eigentlich ein politisches Verfahren aus?

Prozesserklärungen der Betroffenen, die unsere Perspektive und politische Analyse in den Gerichtssaal tragen, haben uns dabei sehr geholfen einen Startpunkt zu finden. Diese haben wir später im Freie Sender Kombinat (FSK) veröffentlicht und vorher bei einer Infoveranstaltungen verlesen, das machte diesen ersten Funken von Widerstand im Gerichtssaal und außerhalb spürbar. Da wir eh nach Hamburg fuhren, wollten wir die Zeit nutzen und Aufmerksamkeit erzeugen, sowohl für unser Verfahren als auch für die gesamte Repression nach G20, dazu machten wir vorabendliche Infoveranstaltungen und Kundgebungen vor dem Amtsgericht. Das waren sicher wichtige Teile einer politischen Prozessführung, aber richtig spannend wurde es eigentlich bei der Enttarnung des Prozessbeobachters vom PK21.

Zufall oder Dummheit?

Das dummdreiste Verhalten der Bullen im Gerichtssaal, dass fließend an die Verhaftung anknüpft, hat dabei sicherlich den größten

Ausschlag gegeben, das es zu einem Deal zu unseren Gunsten gekommen ist. Es muss dabei aber beachtet werden, das es ohne ein solidarisches und vor allem aufmerksames Publikum sicherlich nicht möglich gewesen wäre, die Bullen zu enttarnen. Auch die Vehemenz unserer Anwält*innen die Bullen damit nicht durchkommen zu lassen hat dazu beigetragen. Und am Ende, waren es eine Richter*in und eine Staatsanwält*in, die scheinbar noch an einen Rechtsstaat glauben und für die das Verhalten der Polizei nicht tragbar waren.

Dieses Verhalten wird von allen Beteiligten sicher nicht die Regel werden, wir sollten nichtsdestotrotz in Gerichtsverfahren immer alle Augen und Ohren offen haben und kreative Möglichkeiten nutzen, wenn sie sich bieten.

Ausblick

Das Verfahren gegen Can, Halil, Loïc und 2 weitere Betroffene, denen vorgeworfen wird an einer Demo auf der Elbchaussee teilgenommen zu haben, ist Anfang 2019 gestartet. Dabei scheint die Beweislage mehr als dürftig. Wie bereits im Falle von Fabio und dem Rondenbarg Komplex, wird wieder versucht das sogenannte „Hooligan-Urteil“ zu bemühen. Der BGH erachtet in einem Falle „ostentatives Mitmarschieren“ als solidarisch mit anderen Gruppenteilnehmer*innen, die Straftaten begehen. Damit machen sich nach Ansicht der Staatsanwaltschaft die Beschuldigten der „psychischen Beihilfe“ schuldig, das bedeutet allerdings in der selben Logik, dass die Fünf für alle begangenen Delikte haften sollen. Durch das völlig überzogene Strafmaß, lange U-Haft, einen Befangenheitsantrag gegenüber der Richterin von Seiten der Staatsanwaltschaft und dem Ausschluss der Öffentlichkeit wird enormer Druck auf die Betroffene ausgeübt.

Die Staatsanwaltschaft probiert damit zum zweiten Mal nach G20 in den Prozessen einen Präzedenzfall zu verhandeln, der in seiner Wirkung maßgeblich auf das Demonstrationsrecht einwirken wird.

Diese Umsetzung scheint momentan international Schule zu machen, auch in Basel in der Schweiz wurden im Basel18-Verfahren 15 Betroffene zu Haftstrafen verurteilt, weil sie an einer Demonstration teilgenommen hatten, aus der Straftaten begangenen wurden.

